

ORAG
RECHTSCHUTZ

Geschäftsbericht 2017



Inhalt

BERICHTE

Bericht des Aufsichtsrats	4
Bericht des Vorstands	6

GESELLSCHAFTSORGANE

Aufsichtsrat	8
Beirat	8
Vorstand	9

LAGEBERICHT

Grundlagen der Gesellschaft	
Aktivitäten 2017	12
Unternehmensstruktur	18
Tochterunternehmen	20
Partnerunternehmen	22
Organisationsstruktur	23
Geschäftsbereiche	24
Wirtschaftsbericht	
Beitragseinnahmen	26
Schadenverlauf	27
Kostenentwicklung	28
Kapitalanlagen	29
Geschäftsergebnis	30
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	31
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	
Prognosebericht	32
Chancenbericht	34
Risikobericht	36

JAHRESABSCHLUSS

Jahresbilanz zum 31.12.2017	46
Gewinn- und Verlustrechnung	48

ANHANG

Bilanzierungsregeln	50
Erläuterung der Bilanz	54
Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung	60
Allgemeine Angaben	61

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

	63
--	----

BESTÄTIGUNGSVERMERK

	64
--	----

FÜNF-JAHRES-ÜBERSICHT

Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2013–2017	72
---	----

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den mathematisch genau gerundeten Werten auftreten können.

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Hansaallee 199, 40549 Düsseldorf, Registergericht Düsseldorf HRB 12073

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Partner der öffentlichen Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe kam der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG auch im vergangenen Geschäftsjahr die fundierte Beratungskompetenz und flächendeckende Präsenz ihrer Vertriebspartner im Finanzverbund zugute.

Der Aufsichtsrat der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG hat die ihm per Gesetz und durch Satzung der Gesellschaft obliegenden Aufgaben im Berichtsjahr 2017 wahrgenommen. Dabei hat das Gremium den Vorstand kontinuierlich beraten und bei strategisch wichtigen Fragestellungen begleitet sowie die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat wurde hierfür in zwei Sitzungen mündlich und schriftlich eingehend über die allgemeine Geschäftsentwicklung sowie über grundlegende Fragen der Geschäftsführung unterrichtet.

Bedeutende Themenfelder waren die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Geschäftsverlauf, die Entwicklung des Marktumfelds und die Unternehmensplanung, aber auch die Risikosituation, das Risikomanagement, der Umsetzungsgrad von Solvency II sowie der Bereich Compliance. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Lage der Tochtergesellschaften des Unternehmens. In den Aufsichtsratssitzungen wurden alle relevanten geschäftlichen Aktivitäten und Entwicklungen detailliert besprochen sowie sämtliche erforderlichen Beschlüsse getroffen.

Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2017 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Sowohl der Jahresabschluss und Lagebericht als auch der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers lagen allen Aufsichtsratsmitgliedern vor. Der Abschlussprüfer der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Im Anschluss an seinen Bericht wurden die Un-

terlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers eingehend erörtert. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Es erfolgten keine Beanstandungen. Dem Ergebnis der Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft schloss sich das Gremium an. Nach § 172 Aktiengesetz ist der Jahresabschluss damit festgestellt. Dem Vorschlag zur Gewinnverwendung stimmte der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der ÖRAG Rechtsschutzversicherung-AG, den Geschäftsführern der Tochterunternehmen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Betriebsräten für die im Geschäftsjahr 2017 geleistete Arbeit.

Düsseldorf, den 18. Juni 2018

Der Aufsichtsrat

Dr. Wolfgang Breuer
Vorsitzender



Dr. Wolfgang Breuer, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Bericht des Vorstands

Verehrte Aktionäre und Geschäftsfreunde, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG konnte im Geschäftsjahr 2017 ihren dynamischen Wachstumskurs der Vorjahre in einem weiterhin herausfordernden Marktumfeld fortsetzen und ihren Marktanteil im GDV-Branchenranking von 8,1 auf gut 8,4 % erhöhen. Der im April durchgeführte Tarifwechsel trug maßgeblich dazu bei, dass die ÖRAG mit einem Neugeschäft von 36 Mio. € Neugeschäftsprämie nur unwesentlich unter dem bisherigen Rekordergebnis des Vorjahres blieb.

Auch in Folge der hohen Neu- und Mehrbeiträge sowie positiv verlaufender Beitragsangleichungen konnte der gebuchte Beitrag um 8,2 % auf 332,4 Mio. € gesteigert werden. Im Gegenzug erhöhten sich die Schadenzahlungen mit 1,7 % auf 165 Mio. € nur moderat und blieben damit deutlich unter der Beitragsentwicklung. Das versicherungstechnische Ergebnis entwickelte sich daher erfreulich und führte zu einer Brutto-Combined Ratio von knapp unter 100 %.

Bei den Kapitalanlagen verfolgte die ÖRAG auch in 2017 unverändert eine konservativ ausgerichtete Anlagestrategie. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt sank das Kapitalanlageergebnis im Berichtsjahr um 440 T€. Der Jahresüberschuss der Gesellschaft beläuft sich auf 2,8 Mio. €.

Auch 2017 erwies sich unsere Partnerschaft mit den öffentlichen Versicherern und der Sparkassen-Finanzgruppe als besonderes Plus im Rechtsschutzversicherungsmarkt. Dabei war die erstmals von den Sparkassen erreichte Marke von über 100.000 Neuverträgen ein klarer Beleg für das große vertriebliche Potenzial. Die gute Zusammenarbeit wurde im Berichtsjahr weiter optimiert durch verbesserte Strukturen, IT-Support und erweiterte Services für unsere Partner und deren Vertriebswege. Mit dem Ziel einer noch intensiveren Vertriebsunterstützung konzentrierten sich unsere Aktivitäten insbesondere auf die Automatisierung und Vernetzung der vertrieblichen und geschäftlichen Prozesse, auch in den digitalen Absatzkanälen von Sparkassen und öffentlichen Versicherern

Starke Treiber für die Vertriebsfolge des Finanzverbundes im deutschen Versicherungsmarkt sind auch die attraktiven und leistungsstarken Rechtsschutzprodukte der ÖRAG. Sie werden mit ihrem modularen Aufbau jedem Zielgruppen- und Kundenbedarf in allen Lebensphasen gerecht. Zudem ergänzen wir sie der Marktentwicklung entsprechend um innovative Bausteine und digitale Rechtsservices. Produktschwerpunkte im Berichtsjahr lagen auf der Markteinführung des Tarifs 2017 sowie dem Bauherren-Rechtsschutz, der nunmehr auch in Kombination mit einer dem Bauvorhaben zugeordneten Versicherung im Agenturvertrieb der Öffentlichen Versicherer verkauft werden kann.

Zunehmendes Gewicht im Vertrieb der Sparkassen erhalten die sogenannten Bündelprodukte. Sie machen inzwischen rund 20 % des von uns generierten Sparkassengeschäfts aus. Im S-Privat-Schutz, einem Verbundprodukt



Von links: Marcus Hansen, Andreas Heinsen, Jörg Tomalak-Plönzke (Vorsitzender)

der Öffentlichen Versicherer und der ÖRAG, der die private Haftpflichtversicherung, Hausratversicherung und Unfallversicherung beinhaltet, werden Bausteine der ÖRAG bedarfsgerecht kombiniert. Dass die ÖRAG mit erstklassigen Rechtsschutzprodukten und vorbildlichem Kundenservice im Markt überzeugt, wird uns immer wieder auch durch Auszeichnungen und Gütesiegel bestätigt. Im Berichtsjahr kamen weitere Anerkennungen bei wichtigen Branchenvergleichen hinzu. So erhielten wir in der jährlich durchgeführten KUBUS-Benchmark-Studie gleich drei Mal die Bewertung „Sehr gut“. Mit dieser Würdigung in den Kategorien Preis-Leistung, Betreuung und Service wurden uns schon zum zehnten Mal in Folge die renommierten KUBUS-Siegel verliehen. Auch von der Ratingagentur Franke und Bornberg, die erstmals private Rechtsschutzversicherungen bewertete, bekamen wir mit unserem Tarif 2017 in den beiden Produktbereichen Singles und Familie die Note „Sehr gut“.

Ausschlaggebende Bedeutung für die Erfolge mit unseren Produkten und Serviceleistungen hat unser hoher Qualitätsanspruch. Zu ihm gehört, dass die ÖRAG seit vielen Jahren und als einer der ersten Versicherer überhaupt, über ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach der strengen Norm DIN EN ISO 9001:2015 über alle Unternehmensbereiche verfügt. Die Einhaltung der definierten Qualitätsstandards wurde auch 2017 erneut mit einem Folgeaudit erfolgreich bestätigt.

Unser 2016 aufgelegtes Stärkungsprogramm „SP18“ zeigte im Berichtsjahr erste deutliche Ergebniseffekte in der Versicherungstechnik und dem weiteren erfolgreichen Vertriebsausbau. Im Rahmen des Programms stellt sich unser Unternehmen für die Zukunft in einem dynamischen Rechtsdienstleistungsumfeld auf und sichert die Basis für ein profitables und weiterhin wachstumsstarkes Geschäftsmodell. Durch die Vernetzung von Produktstrategie, Themen der Digitalisierung und neuen Steuerungsansätzen wird die Position des Unternehmens nachhaltig im Markt gestärkt und ein wichtiges Fundament für die zukünftige weitere positive Entwicklung geschaffen.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG aus heutiger Sicht ein weiterhin ertragsstarkes Wachstum und den erneuten Ausbau der Marktanteile bei Kundenanzahl und Beitragseinnahmen.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens danken wir sehr herzlich für ihren wertvollen Beitrag im vergangenen Jahr.

Düsseldorf, den 27. April 2018

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG
Der Vorstand

Jörg Tomalak-Plönzke

Marcus Hansen

Andreas Heinsen

Gesellschaftsorgane

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

DR. WOLFGANG BREUER, Münster
Vorsitzender des Vorstands der Provinzial NordWest Holding AG
(seit 26.02.2018)

DR. WALTER TESARCZYK, Düsseldorf
Vorsitzender des Vorstands der Provinzial Rheinland Versicherung AG
(bis 31.12.2017)

Stellvertretender Vorsitzender

DR. FRANK WALTHES, München
Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern

Mitglieder

Dr. ULRICH KNEMEYER, Oldenburg
Mitglied des Vorstands
Öffentliche Versicherungen Oldenburg

ROBERT HEISLER, Mettmann*
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

GERHARD MÜLLER, Dresden
Vorsitzender des Vorstands der Sparkassen-Versicherung Sachsen

DIRK RAABE, Haan*
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

BERND SCHLEBERGER, Mönchengladbach*
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

ULRICH-BERND WOLFF VON DER SAHL, Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands der SV SparkassenVersicherung Holding AG

BEIRAT

Vorsitzender

DR. WOLFGANG BREUER, Münster
Vorsitzender des Vorstands der Provinzial NordWest Holding AG
(seit 26.02.2018)

DR. WALTER TESARCZYK, Düsseldorf
Vorsitzender des Vorstands der Provinzial Rheinland Versicherung AG
(bis 31.12.2017)

Stellvertretender Vorsitzender

DR. FRANK WALTHES, München
Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern

Mitglieder

PETER AHLGRIM, Magdeburg
Vorsitzender des Vorstands der ÖSA –
Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt

DIRK DANKELMANN, Detmold
Mitglied des Vorstands der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt

PATRIC FEDLMEIER, Düsseldorf
Mitglied des Vorstands der Provinzial Rheinland Versicherung AG

DR. DIRK HERMANN, Saarbrücken
Vorsitzender des Vorstands der SAARLAND Feuerversicherung AG

DR. ANDREAS JAHN, Stuttgart
Mitglied des Vorstands der SV SparkassenVersicherung Holding AG

* Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat

DR. ARNO JUNKE, Düsseldorf
Vorsitzender des Vorstands des Verbands öffentlicher
Versicherer und der Deutschen Rückversicherung AG
(bis 31.12.2017)

DR. STEFAN KORBACH, Wiesbaden
Mitglied des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung Holding AG

KLAUS G. LEYH, München
Mitglied des Vorstands der
Versicherungskammer München

JÜRGEN MÜLLENDER, Oldenburg
Mitglied des Vorstands der Öffentlichen
Versicherungen Oldenburg

DR. JENS PIORKOWSKI, Berlin
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.

MARKUS REINHARD, Telgte
Mitglied des Vorstands der
Westfälischen Provinzial Versicherung AG

DR. FREDERIC ROSSBECK, Kleinmachnow
Vorsitzender des Vorstands der
Feuersozietät Berlin Brandenburg AG

FRIEDRICH SCHOLL, Radeburg
Mitglied des Vorstands der
Sparkassen-Versicherung Sachsen

THOMAS UYLEN, Pulheim
Mitglied des Vorstands der
GVV-Kommunalversicherung VVaG

THOMAS WEISS, Ihlow
Mitglied des Vorstands der
Ostfriesischen Landschaftlichen Brandkasse

VORSTAND

JÖRG TOMALAK-PLÖNZKE, Düsseldorf (Vorsitzender)

MARCUS HANSEN, Mönchengladbach
(seit 01.04.2018)

ANDREAS HEINSEN, Düsseldorf



Lagebericht

Grundlagen der Gesellschaft	12
Wirtschaftsbericht	26
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	32



Grundlagen der Gesellschaft

Aktivitäten 2017

Mit ihrer hohen Expertise in den Feldern Recht und Rechtsschutz agiert die ÖRAG als fachkundiger Partner der öffentlichen Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe. Unser hochwertiges Produktspektrum ist so aufgestellt, dass es die Leistungspalette der Verbundpartner perfekt ergänzt und Kunden in allen Lebenssituationen zuverlässig absichert.

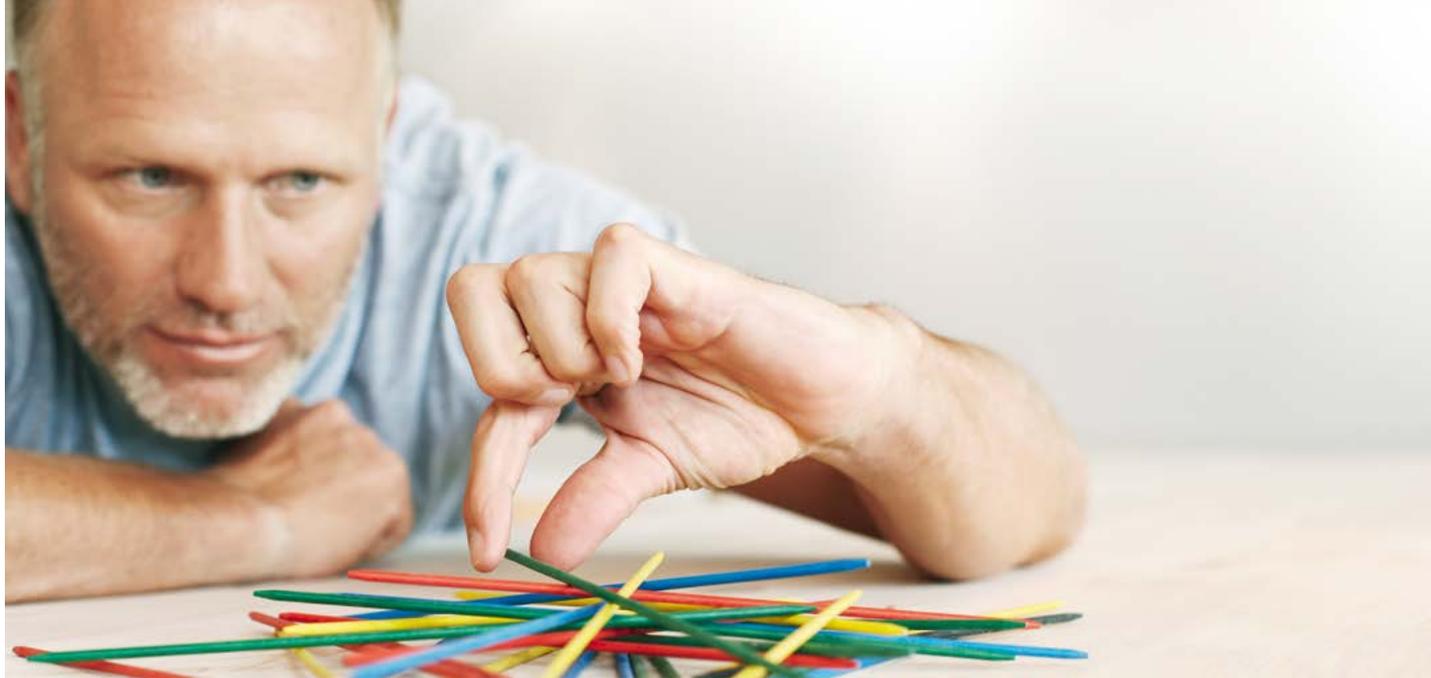
PRODUKTENTWICKLUNG

Die ÖRAG bietet ein modulares Produktkonzept mit frei kombinierbaren Absicherungsmodulen. Die Rechtsschutzprodukte lassen sich somit exakt auf den Kundenbedarf abstimmen. Unsere Produkt- und Serviceangebote runden die Leistungspalette der öffentlichen Versicherer und Sparkassen-Finanzgruppe ideal ab und passen perfekt zur ganzheitlichen Beratung der Partner im Finanzverbund. Die Produktentwicklung setzt auf diesen strategischen Ansatz auf und entwickelt entsprechend zielgerichtete Neuerungen.

Attraktive Innovationen sorgen dafür, dass unser Rechtsschutzportfolio jederzeit den Marktanforderungen entspricht. Ein Beispiel hierfür ist unser Bauherren-Rechtsschutz. Er sichert Baurisiken ab, die in diesem Maße branchenüblich nicht versicherbar sind. Die Immobilien-Rechtsschutzpolice ist im Markt einzigartig und verschafft unseren Vertriebspartnern ein zugkräftiges Alleinstellungsmerkmal. Im vergangenen Geschäftsjahr stellten wir die Rechtsschutzlösung noch breiter auf. Dazu wurden die Annahmerichtlinien erweitert, sodass der Bauherren-Rechtsschutz jetzt auch im Agenturvertrieb verkauft werden kann.

Um den Ausschließlichkeitsvertrieben einen umfangreichen Anspracheansatz zu bieten, kann der gefragte Versicherungsschutz jetzt an verschiedene Produkte gekoppelt werden. So ist es nun möglich, den Bauherren-Rechtsschutz auch mit einer dem Bauvorhaben zugehörigen Versicherung zu verbinden, also beispielsweise der Bauherren-Haftpflicht, einer integrierten Feuerrohbau-Versicherung oder der PVHB-Vollkombi für Hauseigentümer. Der bisherige Zugangsweg über eine Finanzierung durch die Sparkassen wurde hierdurch deutlich ergänzt.

Auf die Zweckabschlüsse im Bereich Darlehenswiderruf haben wir mit einem neuen Tarif reagiert und diese Zweckabschlüsse in den ARB ausgeschlossen. Bestandskunden sind hierdurch natürlich nicht betroffen.



MEINRECHT

Rechtsservice von A bis Z – das ist die Prämisse unseres leistungsstarken Serviceangebots für Privat- und Firmenkunden. Rund 20 Jahre lang war der Service unter dem Namen INFOSTEL zusammengefasst. Mit Einführung des neuen Tarifs wurde er zum 1. April 2017 in **MEINRECHT** umbenannt. Die neue Bezeichnung soll dazu beitragen, den Rechtsservice noch besser als kundenorientierten Qualitätsanbieter mit hoher juristischer Kompetenz zu positionieren. Zusätzlich eröffnet der Namenswechsel die Option, Kunden künftig eine Vielzahl an Kommunikationskanälen anbieten zu können. Hintergrund ist, dass die ÖRAG Rechtsdienstleistungen für Versicherungsnehmer aller Altersstufen erbringt. Gerade die jüngere Generation favorisiert dabei zunehmend auch Kontaktmöglichkeiten über neue Medien wie E-Mail, Chat oder Facebook. Der multichannelfähige Name **MEINRECHT** ist hierauf zugeschnitten und erlaubt ein breites Spektrum an Eingangskanälen, das für jeden Kunden einen passenden Weg bietet. In der praktischen Umsetzung verlief der Namenswechsel problemlos.

Im Rechtsschutzfall fungiert **MEINRECHT** als erste Anlaufstelle. Rund 100 Rechtsschutzreferenten prüfen sofort den Versicherungsschutz, schätzen die Erfolgsaussichten ein und informieren über mögliche nächste Schritte. Das schnelle und kompetente Leistungsangebot wird von den Versicherungsnehmern intensiv genutzt: Pro Woche verzeichnet **MEINRECHT** gut 10.000 Kundenanrufe. Mehr als 60 % aller Schadenmeldungen treffen per Telefon bei uns ein. Über den Versicherungsschutz kann in rund 85 % aller Fälle direkt entschieden werden.

Auf Kundenwunsch vermittelt **MEINRECHT** die telefonische Erstberatung durch einen unabhängigen, extern niedergelassenen Rechtsanwalt. Bei Streitfällen, die sich auf diese Weise klären lassen, fällt für die Versicherten keine Selbstbeteiligung an. Möchte sich der Kunde im persönlichen Gespräch vor Ort mit einem Anwalt beraten, kann ihm **MEINRECHT** einen erfahrenen Fachanwalt aus unserem Netzwerk zertifizierter Kanzleien benennen. Von dieser Möglichkeit machen mehr als 40 % der Anrufer Gebrauch. Bei entsprechender Sachlage kommt zudem eine Konfliktklärung über Mediation in Betracht. Über dieses Schlichtungsverfahren wird oft eine einvernehmliche Einigung erzielt, ohne Beschreiten des Rechtswegs und langwierige Klärung vor Gericht. Firmen und Privatkunden, die diesen Vorteil nutzen wollen, können sich von **MEINRECHT** einen Mediator vermitteln lassen, ein Angebot, das zunehmend genutzt wird.

Um den Service von **MEINRECHT** nochmals zu verbessern, wurde 2017 die im Vorjahr eingeführte Telefonweiche weiter optimiert. Dies kam insbesondere der Erreichbarkeit zugute, die bezogen auf den Eingang Neuschaden einen Wert von 95 % erreichte. Standardisierte Kundenbefragungen belegen, dass es unserem Rechtsservice gelingt, höchste Qualitäts- und Gütekriterien zu erfüllen. Im vergangenen Jahr beurteilten 92 % aller Befragten den Kundenservice der ÖRAG bezogen auf Engagement, Freundlichkeit und Fachkompetenz mit „Gut“ oder „Sehr gut“. Die Weiterempfehlungsquote lag bei 97 %.



PRODUKTVERTRIEB

Im Vertrieb punkten die Rechtsschutzprodukte der ÖRAG mit starken Trümpfen. Da ist zum einen unser bewährtes Bausteinkonzept, das über seinen modularen Aufbau perfekte Anpassung an die individuellen Wünsche der Privat- und Firmenkunden erlaubt. Zum anderen überzeugen unsere Produkte durch besondere Leistungsstärke und transparente Produktlogik. Im Tagesgeschäft erleichtern diese Vorzüge die Kundenansprache und sorgen zugleich für mehr Überzeugungskraft im Beratungsgespräch.

Die vertrieblichen Strukturen der ÖRAG sind so angelegt, dass sie die Aktivitäten der Vertriebspartner bestmöglich fördern. Auch unsere Vertriebsförderung stimmen wir genau auf die Anforderungen der Marktpartner im Finanzverbund ab. Die Bandbreite reicht dabei von Qualifizierungsangeboten für Kundenbetreuer über gedruckte und digitale Verkaufsförderungsmaterialien bis zu Werbe- und Verkaufsmaterialien für das Aktionsgeschäft.

Für den Produktvertrieb verlief das vergangene Geschäftsjahr positiv. Im Mittelpunkt der vertrieblichen Aktivitäten standen vor allem der Abverkauf der vorherigen Tarifgeneration unter Berücksichtigung des Kundeninteresses sowie die Einführung des Tarifs 2017. Der aus preislicher Sicht etwas teurere neue Tarif trägt geänderten regulatorischen Anforderungen Rechnung und dient insbesondere zur Verbesserung der Versicherungstechnik. Für den Vertrieb war dies mit hohen Herausforderungen verknüpft, die erfolgreich gemeistert wurden. Dabei wirkte sich vorteilhaft aus, dass die vertrieblichen Vorbereitungen zur Einführung bereits 2016 angelaufen waren, unter anderem mit produktorientierten Schulungen. Der Tarif 2017 wurde über alle Vertriebswege platziert und vom Produktvertrieb der ÖRAG intensiv begleitet. Mit dazu zählte die Unterstützung durch unsere 25 Direktionsbevollmächtigten, die ihr Fachwissen in Schulungen an die Vertriebspartner weitergaben.

Zu den Vertriebsschwerpunkten zählte 2017 ebenso der Bauherren-Rechtsschutz, der seit Mitte des Jahres auch in Kombination mit einer dem Bauvorhaben zuzuordnenden Versicherung im Agenturvertrieb verkauft werden kann. Zuvor war dieser Rechtsschutz nur in Kombination mit der Immobilienfinanzierung über die Sparkassen beziehbar. Die hinzugekommenen Vertriebspartner der Außendienstorganisation haben wir mit Prospekten und Beratungshilfen unterstützt. Zusätzlich wurden Text- und Bildmodule bereitgestellt, die sich schnell und unkompliziert in die Online-medien unserer Partner integrieren ließen.

Im Vertrieb der Sparkassen spielten weiterhin Bündelprodukte eine große Rolle. Rund 20 % unseres Sparkassengeschäfts werden zwischenzeitlich mit Angeboten generiert, die verschiedene Themen in Produktpaketen zusammenfassen. Ein Beispiel für die Attraktivität der Bündelprodukte ist das Paket S-Privat-Schutz der Sparkassen, das neben der privaten Haftpflicht-, Hausrat- und Unfallversicherung auch den Rechtsschutz der ÖRAG beinhaltet. Im laufenden Geschäftsjahr legt der Produktvertrieb den Fokus auf den Firmen-Rechtsschutz, dessen Absatz – unter Berücksichtigung der neuen Versicherungsvertriebsrichtlinie Insurance Distribution Directiv (kurz: IDD) – nachhaltig forciert werden soll.

INFORMATIONSTECHNOLOGIE (IT)

Im Bereich Informationstechnologie war das vergangene Geschäftsjahr erneut durch die fortschreitende Digitalisierung geprägt. Unsere vielfältigen Aktivitäten zur elektronischen Vernetzung und Automatisierung wurden auf allen Gebieten weiter vorangetrieben und nochmals intensiviert. Unverändert stand dabei insbesondere die Integration von Services, Dialogen und Produktrechnern in die Systeme unserer Partner sowie die Onlinewelt im Fokus. Darüber hinaus konnte im Rahmen eines Showcases mit innovativem Projektvorgehen nachgewiesen werden, dass der verstärkte Einsatz künstlicher Intelligenz bei der ÖRAG die Digitalisierung bis zum Endkunden erheblich effizienter und schneller gestalten kann. Darauf aufbauend wird im Jahr 2018 ein voll automatisierter Schadenprozess für den Endkunden realisiert und eine technische Plattform für alle modernen Dialogeingangskanäle und sozialen Medien gebaut.

Zusätzlich standen im Berichtsjahr verstärkt Aufgabenstellungen zu regulatorischen Themen auf der Agenda. Dabei ging es sowohl um die planmäßige und freiwillige Umsetzung des Code of Conduct zum Jahresende 2017 als auch um Anpassungen im Hinblick auf die spätestens ab Mai 2018 umzusetzende EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Für beide Vorhaben wurden umfangreiche Leistungen in den Feldern Organisation, Koordination, Konzeption und Umsetzung erbracht. Im Kontext der DSGVO sind noch weitere Arbeiten zur Anpassung der Systeme an die neue Verordnung notwendig.

Weiter fortgesetzt wurden darüber hinaus die Aktivitäten zur stetigen Aktualisierung unserer Vertriebsplattform RS-Online und deren Integration in die IT-Systeme der Partner im Finanzverbund. In diesem Aufgabenfeld spielt die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen aus dem DSGVO ebenfalls eine wesentliche Rolle. Als Service setzt die ÖRAG diese Anforderungen in ihren Systemen zentral auch für die angebundenen Vertriebspartner um. Dadurch können Sparkassen und öffentliche Versicherer ihren mit den Neuregelungen verbundenen Aufwand an dieser Stelle merklich reduzieren.

Der Rollout der dynamischen Online-Anwendungen der ÖRAG in die Internetfiliale IF6 wurde 2017 wie geplant abgeschlossen, sodass heute alle Sparkassen auf die leistungsstarke Internetlösung der Sparkassen-Finanzgruppe mit ÖRAG-Rechtsschutzangeboten individuell umgestellt werden können.

Beim 2014 gestarteten Projekt KoShaRK haben wir die Projektstufe 4 erfolgreich abgeschlossen. Damit sind nun alle Schaden- und Bestandsfunktionen des in eigener Regie entwickelten IGS-Systems webfähig, messbare Prozessoptimierungen erreicht und Kostensenkungspotenziale im Schadenbereich erschlossen. In der fünften und letzten Phase werden 2018 die User-Oberflächen der von allen Anwendern gemeinsam genutzten Funktionen internetfähig gemacht, sodass nach Abschluss der Arbeiten alle Anwender das Gesamtsystem IGS über ihren üblichen Internetbrowser öffnen können. Die komplett webbasierte operative IT-Zielarchitektur der ÖRAG AG ist dann ohne System- und Medienbrüche zu nutzen.

Seit 2015 ist der IT-Bereich der ÖRAG qualitätszertifiziert. Zusätzlich besteht bereits seit 2014 eine Zertifizierung auf Basis des Produkts „Sicherer IT-Betrieb“, das den IT-Sicherheitsstandard in der Sparkassen-Finanzorganisation bildet. In regelmäßigen Folgeaudits wird die Zertifizierung bestätigt und somit nachweisbar dokumentiert, dass die ÖRAG über das in der Sparkassen-Finanzgruppe präferierte Informationssicherheits-Managementsystem verfügt.



MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Treibende Kraft unserer Innovations- und Leistungsfähigkeit sind die Beschäftigten der ÖRAG. Mit ihrer fachlichen Qualifikation, Motivation und Kundenorientierung schaffen sie wesentliche Grundlagen für den Unternehmenserfolg. Mit dem Ziel, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, zu fördern und an das Unternehmen zu binden, setzen wir einen breiten Katalog an Maßnahmen um. Von besonderer Bedeutung sind dabei Initiativen zur Stärkung der Kompetenzen unserer Beschäftigten und zur Profilierung der ÖRAG als Arbeitgeber.

Nachdem im Vorjahr Aus- und Fortbildungsaktivitäten für den Vertrieb im Mittelpunkt standen, richtete sich der Fokus des Personalmanagements 2017 verstärkt auf unser Führungskräfteprogramm, das umfassend überarbeitet und hinsichtlich der Anforderungen aus dem Changemanagement modifiziert wurde. Hinzu kamen weitere Intensivierungen in Bezug auf das Stärkungsprogramm 2018.

Eine weitere wesentliche Aufgabe war die Umsetzung der Versicherungsvertriebsrichtlinie Insurance Distribution Directiv IDD. Die IDD definiert unter anderem Weiterbildungspflichten für alle mit dem Vertrieb befassten Mitarbeiter. Um den neuen Anforderungen fristgemäß zu entsprechen, prüfte die Personalabteilung im Berichtsjahr die Auswirkungen der IDD auf die Aus- und Weiterbildung des Vertriebs und Produktmanagements. Parallel wurden erste Schritte zur praktischen Umsetzung eingeleitet, die wir 2018 weiter vorantreiben.

Wichtige Voraussetzungen für ein hohes Leistungsniveau sehen wir in einem entsprechend gestaltetem Arbeitsumfeld, aber auch in der Fähigkeit der Beschäftigten, ihre Kompetenzen voll zu nutzen. Demzufolge fördert die ÖRAG das Gesundheitsbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielfältigen Initiativen. Im Rahmen des Arbeitsschutzes und Gesundheitsmanagements führten wir 2017 unter anderem erneut eine Mitarbeiterbefragung zur psychischen Belastung am Arbeitsplatz durch. Sie richtete sich an alle Beschäftigten der Konzerngesellschaften. Zudem wurde weiterhin ein gemeinsam mit dem Betriebsrat aufgelegtes Gesundheitsmanagement angeboten. Im Rahmen ihrer unternehmerischen Fürsorge engagierte sich die ÖRAG darüber hinaus erneut in Projekten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Bezogen auf die Personalgewinnung war das Berichtsjahr weiterhin durch einen qualifizierten Einstellungsstopp geprägt, der die Ausgangslage für eventuelle Maßnahmen aus dem Stärkungsprogramm 2018 erfolgreich begleitend abgesichert hat.



ÖRAG-Rechtsschutz: ausgezeichnet!



ZUFRIEDENE KUNDEN

Am Markt möchte die ÖRAG durch erstklassige Rechtsschutzprodukte und vorbildliche Serviceleistungen überzeugen. Zahlreiche Auszeichnungen und Gütesiegel bestätigen, dass wir diesem hohen Anspruch gerecht werden und sowohl mit unseren Produkten als auch im Kundenservice Zeichen setzen. Auch im vergangenen Geschäftsjahr wurde die ÖRAG mehrfach ausgezeichnet. So konnten wir 2017 im Rahmen der KUBUS-Studie gleich drei Mal die Note „Sehr gut“ erzielen, und zwar in den Kategorien Preis-Leistungs-Verhältnis, Betreuungs- und Servicequalität. Aufgrund der überdurchschnittlichen Platzierungen wurden uns somit bereits zum zehnten Mal in Folge die renommierten Gütesiegel verliehen. Da die Studie auf die Ergebnisse einer repräsentativen, bundesweiten Kundenbefragung aufsetzt, gilt sie als besonders aussagekräftig.

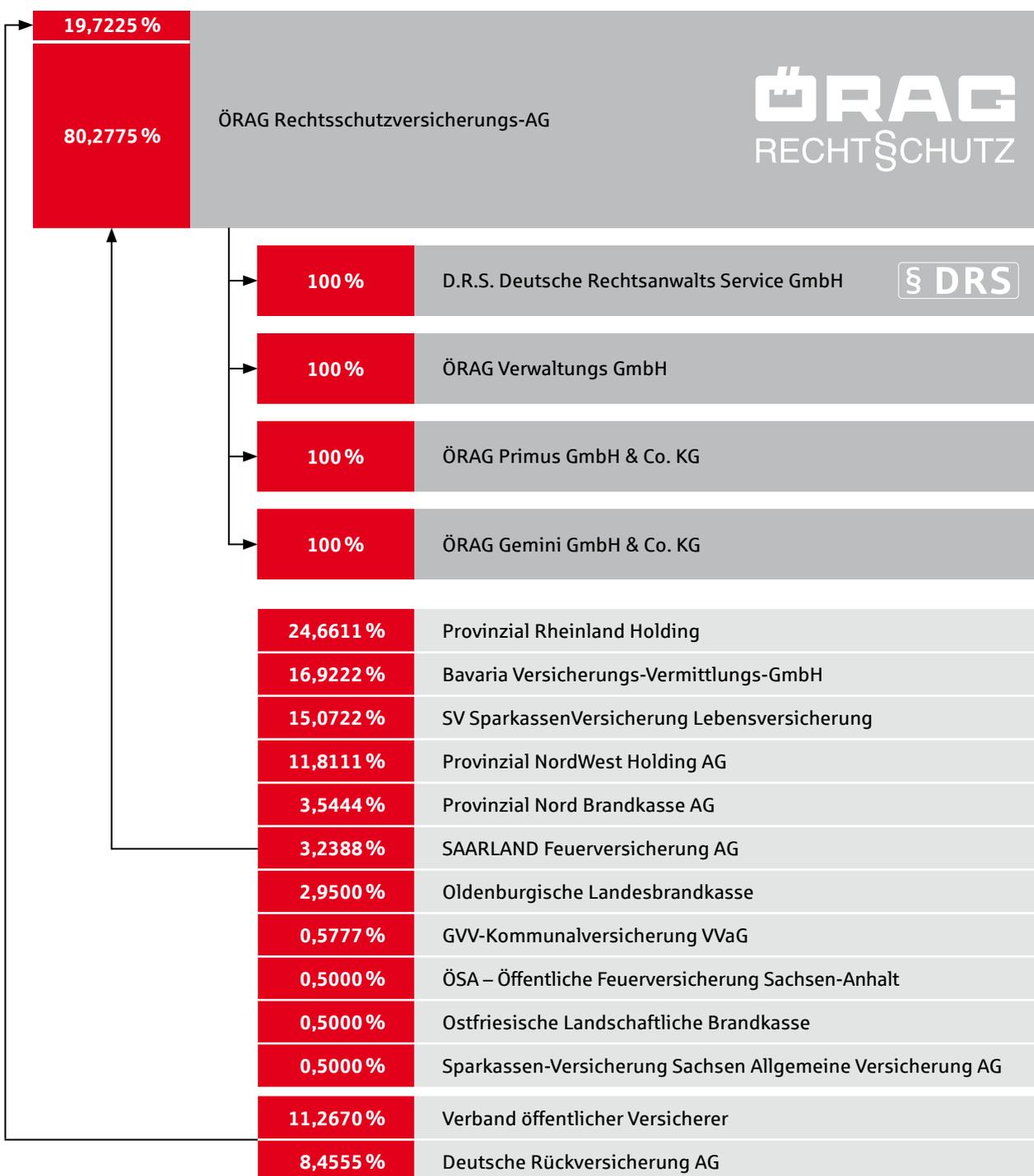
Neu hinzugekommen ist im Berichtsjahr ein Branchenvergleich der Ratingagentur Franke und Bornberg, die private Rechtsschutzversicherungen bewertete. Das Analyseunternehmen nahm unseren Tarif 2017 in den Produkten Singles und Familie in seine Untersuchung auf und bewertete beide Bereiche mit „Sehr gut“.

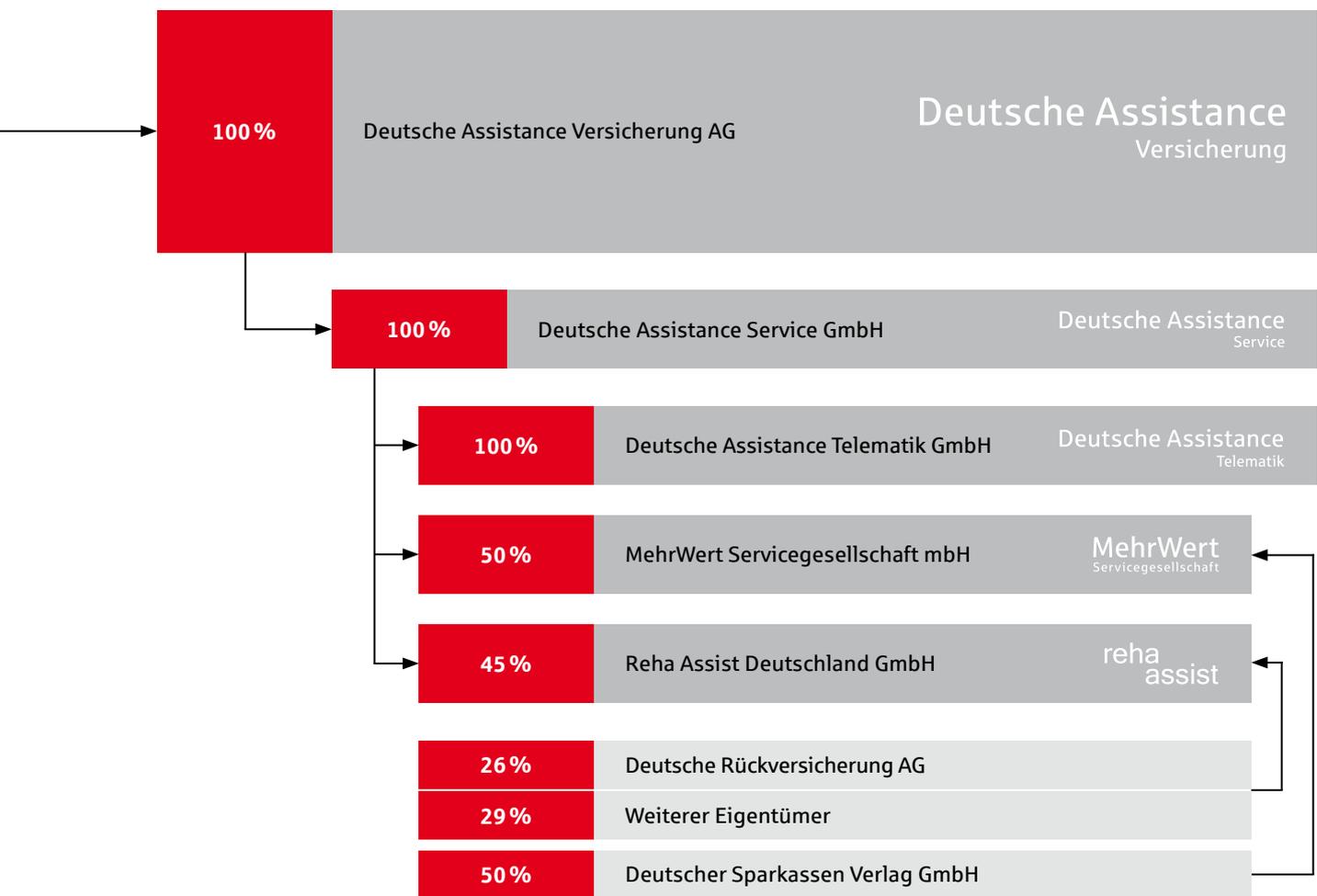
Mit dem Ziel, die allgemeine Bekanntheit und Bandbreite unserer Serviceleistungen noch klarer herauszustellen, änderten wir 2017 den Namen unseres Kundenservices in **MEINRECHT**. Vorausgegangen waren eine Marktforschungsuntersuchung zur Erhebung von Optimierungspotenzialen sowie mehrstufige Initiativen zur Entwicklung einer eingängigen, zukunftsorientierten Bezeichnung. Bei Wirkungstests zur Kundenakzeptanz positionierte sich der Begriff **MEINRECHT** als klarer Favorit. Persönlich, aktivierend und unkompliziert rückt er das Kundeninteresse stärker in den Fokus und bietet zugleich Freiraum für vielfältige Fortentwicklungen.

Positive Rückmeldungen der Vertriebspartner und Kunden, aber auch weitere Outbound-Kundenbefragungen nach dem Start mit unserem hausinternen Qualitätsmanagement, bestätigen die Zugkraft des neuen Namens, dessen Entwicklung und Einführung vom Marketing mit hohem Aufwand verantwortet wurde. Zur Vorbereitung der Umbenennung erstellten wir unter anderem Verkaufsunterlagen in gedruckter und elektronischer Form, passten die Rechtsschutzinhalte in den Online-Medien an und aktualisierten die von uns gesteuerten Policenanschriften inklusive Servicekarten.

Die herausragenden Platzierungen in Branchenstudien und positiven Ergebnisse von Kundenbefragungen sind für uns Bestätigung und Ansporn zugleich. Dementsprechend werden wir auch künftig engagiert daran arbeiten, den Kundenwünschen und Marktanforderungen vorbildlich zu entsprechen. Dabei dürfte sich weiterhin vorteilhaft auswirken, dass die ÖRAG als erster Versicherer am Markt ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem vorweisen kann. Die Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 umfasst unsere gesamte Organisation – von der Produktentwicklung über den Vertrieb bis zur Finanzbuchhaltung – und besteht seit Januar 2016. Sie ist verbunden mit regelmäßigen Folgeaudits, in denen wir nachweisen, dass die definierten Qualitätsstandards eingehalten werden und die ÖRAG ihre Produkt- und Servicequalität stetig weiter optimiert.

Unternehmensstruktur





Tochterunternehmen

100 %

D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH

Mit der D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH ist seit 2009 die Managementgesellschaft für das Angebot gehobener Rechtsdienstleistungen im Verbund der öffentlichen Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe angesiedelt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, Dienstleistungen für den steigenden Bedarf in diesem Bereich flexibel, in bestmöglicher Qualität und aus einer Hand zu organisieren. Den Kunden der Auftraggeber werden durch die D.R.S. Mediatoren und fachlich auf das jeweilige Problem spezialisierte Rechtsanwälte an die Seite gestellt. Darüber hinaus gehören zu den Kerngeschäftsfeldern der D.R.S. auch das Netzwerk- und das Qualitätsmanagement.

100 %

ÖRAG Verwaltungs GmbH

Gegenstand der ÖRAG Verwaltungs GmbH ist die Verwaltung eigenen Vermögens sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an den Personengesellschaften ÖRAG Primus GmbH & Co. KG und ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG.

100 %

ÖRAG Primus GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere des eigenen Grundbesitzes.

100 %

ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere des eigenen Grundbesitzes.

100 %

Deutsche Assistance Versicherung AG

Im Auftrag der öffentlichen Versicherer hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG im Jahr 2011 die Deutsche Assistance Versicherung AG gegründet. Intention des Unternehmens ist es, die wachsende Nachfrage nach speziellen Versicherungslösungen im Finanzverbund mit einem gemeinsamen Risikoträger zu bedienen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf modernen Beistandsleistungen, die im Rahmen innovativer Schutzbriefkonzepte die organisatorische Abwicklung und das finanzielle Risiko absichern.

100 %

Deutsche Assistance Service GmbH

Die Deutsche Assistance Service GmbH überzeugt im Markt als starker Dienstleistungspartner mit ganzheitlichem Service. Als Spezialist für die Erbringung von Assistancelösungen verfügt das Unternehmen über Infrastrukturen, mit denen sich die teilweise komplexen Unterstützungsleistungen ebenso hochwertig wie wirtschaftlich organisieren lassen. Die professionelle Abwicklung wird unter anderem durch die speziell eingerichteten Kompetenzzentren Kraftfahrt, Medizin und Immobilie gewährleistet.

100 %

Deutsche Assistance Telematik GmbH

Die Deutsche Assistance Telematik GmbH ist ein Tochterunternehmen der Deutschen Assistance Service GmbH. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sind Telematik-Dienste im Verkehrsbereich. Dazu stellt die Gesellschaft sogenannte Copiloten bereit, Telematik-Boxen, die von den öffentlichen Versicherern zum nachträglichen Einbau in Fahrzeuge vermarktet werden. Kommt es zu einem Unfall, sendet die Box automatisch ein Signal an die Notfallzentrale. Von dort werden über die Deutsche Assistance Telematik GmbH geeignete Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

50 %

MehrWert Servicegesellschaft mbH

Die MehrWert Servicegesellschaft mbH ist eine gemeinsame Tochter der Deutschen Assistance Service GmbH und der Deutschen Sparkassen Verlag GmbH. Kerngeschäft des Unternehmens sind Produktkonzepte zur Bindung von Kunden und Mitarbeitern. Die Gestaltung der darauf abzielenden Mehrwert- und Loyalitätsprogramme umfasst alle Stufen – von der Konzeption und Beratung über die Produktgestaltung bis zur Implementierung. Die Gesellschaft ist an sechs Standorten tätig und betreut mehr als fünf Millionen Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe.

45 %

Reha Assist Deutschland GmbH

Zu den Tochtergesellschaften der Deutschen Assistance Service GmbH zählt auch die Reha Assist Deutschland GmbH. Das Unternehmen mit Sitz in Arnshausen hat sich mit seinen Rehabilitationsdienstleistungen auf die Betreuung von Unfallopfern und Schwerkranken spezialisiert. Mehr als 65 vorwiegend fest angestellte Reha- und Pflegeberater, Arbeitsvermittler, Psychotraumatologen und Arbeitsmediziner gehören zum Netzwerk der Gesellschaft. Sie unterstützen die Betroffenen bei der Steuerung ihrer medizinischen Rehabilitation, organisieren deren Wiedereingliederung in das Berufsleben und klären im Bedarfsfall die Pflegesituation.

Partnerunternehmen

 <p>PROVINZIAL</p>	Provinzial Rheinland Versicherung AG
 <p>VERSICHERUNGS KAMMER BAYERN</p> <p>Ein Stück Sicherheit.</p>	Bavaria Versicherungs-Vermittlungs-GmbH
 <p>SV Sparkassen Versicherung</p>	SV Sparkassenversicherung Holding AG
 <p>PROVINZIAL Die Versicherung der  Sparkassen</p>	Westfälische Provinzial Versicherung AG
 <p>PROVINZIAL Die Versicherung der  Sparkassen</p>	Provinzial Nord Brandkasse AG
 <p>SAARLAND Versicherungen</p> <p> Finanzgruppe</p>	SAARLAND Feuerversicherung AG
 <p>ÖFFENTLICHE OLDENBURG</p>	Oldenburgische Landesbrandkasse
 <p>Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt Ein Unternehmen der Provinzial Rheinland Holding Die Versicherung der Sparkassen</p>	Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt
 <p>GVV KOMMUNAL VERSICHERUNG VVaG</p>	GVV-Kommunalversicherung VVaG
 <p>ÖSA Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt</p> <p> Finanzgruppe</p>	ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt
 <p>DIE OSTFRIESISCHE LANDSCHAFTLICHE BRANDKASSE Partner der  Finanzgruppe</p>	Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse
 <p>SV Sparkassen Versicherung Sachsen</p>	S.V. Holding AG
 <p>FEUERSOZietät</p>	Feuersozietät Berlin Brandenburg AG

Organisationsstruktur

Vertriebsstruktur

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG arbeitet mit der kundennahen Vertriebsorganisation ihrer Partnergesellschaften zusammen. Das selbst abgeschlossene Geschäft wurde fast ausschließlich durch die Geschäftsstellen und Sparkassenvertretungen folgender Unternehmen vermittelt:

- Provinzial Rheinland Versicherung AG, Düsseldorf
- Versicherungskammer Bayern, München
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- Westfälische Provinzial Versicherung AG, Münster
- Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg
- SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken
- ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt, Detmold
- S.V. Holding AG, Dresden
- GVV-Kommunalversicherung VVaG, Köln
- Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich
- Feuersozietät Berlin Brandenburg AG, Berlin

Schadenbearbeitung

Die Bearbeitung und die Regulierung von Versicherungsfällen erfolgen zentral im Hause der ÖRAG.

Bestandsverwaltung

Zentral werden durch die ÖRAG folgende Rechtsschutzbestände betreut:

- Feuersozietät Berlin Brandenburg AG
- GVV-Kommunalversicherung VVaG
- Oldenburgische Landesbrandkasse
- ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt
- Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse
- SAARLAND Feuerversicherung AG

Folgende Unternehmen verwalten den Rechtsschutzbestand in ihren Häusern:

- Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt
- Provinzial Rheinland Versicherung AG
- Westfälische Provinzial Versicherung AG

Unter Nutzung des integrierten Gesamtsystems der ÖRAG verwalten folgende Unternehmen den Rechtsschutzbestand in ihren Häusern:

- Provinzial Nord Brandkasse AG
- S.V. Holding AG
- SV SparkassenVersicherung Holding AG
- Versicherungskammer Bayern (verwaltet durch die Bavaria Versicherungs-Vermittlungs-GmbH)

Geschäftsbereiche

- Rechtsschutz für Privatkunden
- Rechtsschutz für Firmenkunden
- Rechtsschutz für Top-Manager
- Kommunal-Rechtsschutz
- Spezial-Straf-Rechtsschutz
- Rechtsschutz-Sonderrisiken
- Rückversicherung im Bereich Rechtsschutz und Schutzbriefversicherung

Produktkonzept

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist der gemeinsame Experte für Rechtsschutzversicherungen der Gruppe öffentlicher Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe. Unsere Leistungen sind auf die Interessen der Partner im Finanzverbund ausgerichtet und ergänzen deren Angebotsspektrum. Zuverlässigen Rechtsschutz kombinieren wir mit hoher Servicequalität und qualifizierter Kundenbetreuung. Mit dazu gehört die Beratung durch einen frei wählbaren und vom Kunden zu beauftragenden externen Rechtsanwalt. Bei geeigneter Sachlage besteht zudem die Möglichkeit der Konfliktlösung im Rahmen eines Mediationsverfahrens. Neben Rechtsschutzlösungen für den privaten und gewerblichen Bereich umfasst das Produktportfolio der ÖRAG auch spezielle Zielgruppenkonzepte.

Privatkunden

Ob im Berufsumfeld, durch die Teilnahme am Straßenverkehr oder im Zusammenhang mit Haus und Wohnung: Im Alltag kann es schnell zu Rechtsstreitigkeiten kommen. Zur Absicherung wünschen Privatkunden einen umfassenden Rechtsschutz, der in allen Lebenssituationen greift und sie verlässlich absichert. Die Rechtsschutzprodukte der ÖRAG bieten Versicherungsschutz für die Bereiche Privat, Verkehr, Haus und Wohnung sowie Beruf. Das Produktangebot ist modular aufgebaut. Die einzelnen Bausteine können individuell kombiniert und maßgeschneidert an Kundenanforderungen angepasst werden. Im Markt überzeugt unser Angebot für Privatkunden insbesondere mit hoher Leistungsstärke, vorbildlichem Service, unkomplizierter Produktgestaltung und dem guten Preis-Leistungs-Verhältnis.



Firmenkunden

Wirksamer Rechtsschutz ist für Unternehmen ein unerlässliches Mittel zur Risikoversorge. Die Rechtsschutzprodukte der ÖRAG bieten Firmen einen zuverlässigen Schutz, der in unterschiedlichen Lagen greift und umfassende Sicherheit bietet. Auch die Versicherungslösungen für Firmenkunden lassen sich individuell zusammenstellen und somit exakt dem Bedarf anpassen. Sie sind branchenübergreifend für Unternehmen jeder Größenordnung geeignet. Dabei umfasst unsere Firmenkunden-Police bis zu vier Rechtsschutzbausteine: Arbeitgeber-, Verkehrs-, Gewerberäume- und Spezial-Straf-Rechtsschutz. Darüber hinaus übernehmen wir mit dem Top-Manager-Rechtsschutz die Absicherung der persönlichen beruflichen Rechtsrisiken für Geschäftsführer und Vorstände sowie deren Aufsichtsgremien.

Spezielle Zielgruppenkonzepte

Unsere Zielgruppenkonzepte sichern Rechtsrisiken ab, die für spezielle Tätigkeitsfelder oder Bevölkerungsgruppen relevant sind. Zu diesem Bereich zählen Rechtsschutzpakete für Ärzte, Landwirte, Handelsvertreter, Vermieter und Top-Manager sowie für Vereine, Bauherren, Hauseigentümer und die Zielgruppe 50+. Ganzheitliche Rechtsschutzlösungen bieten wir zudem für Städte, Kreise und Gemeinden. Als Vertriebspartner tragen die öffentlichen Versicherer und die Sparkassen-Finanzgruppe wesentlich zum Geschäftserfolg der ÖRAG bei. Dementsprechend stellen wir den Beschäftigten des Finanzverbunds besondere Rechtsschutzangebote zur Verfügung. Zudem bieten wir Lösungen zur rechtlichen Absicherung der Sparkassen-Institute und ihres Top-Managements.

Wirtschaftsbericht

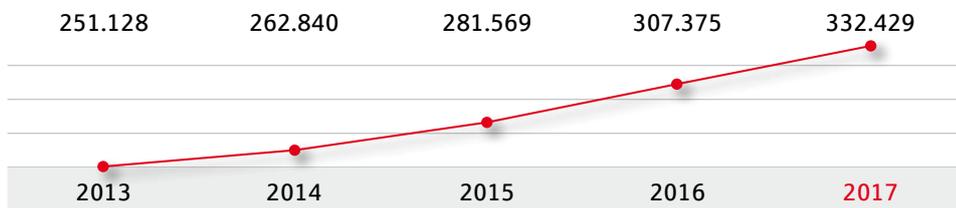
Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich im Berichtsjahr um 8,2 % auf 332,4 Mio. €.

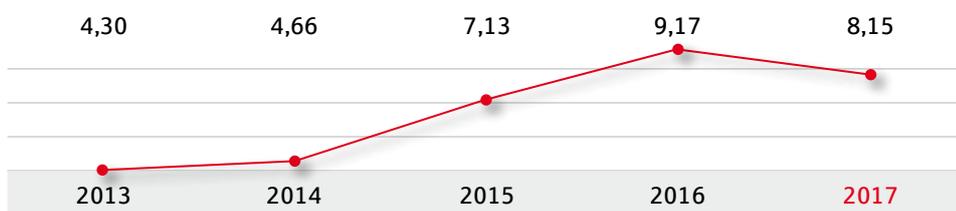
Die Entwicklung der Beiträge bestätigt den Erfolg des Produktkonzepts und des Bestandsmanagements. Der Beitragszuwachs liegt über den Erwartungen und übertrifft erneut deutlich die Entwicklung des Marktes.

Unseren Vertragsbestand konnten wir – wie in den Vorjahren – stark steigern (+ 3,8 %), während der Markt nur leicht zulegte (+ 0,6 %). Basis unseres Geschäfts ist somit ein Bestand von 1.866.431 Verträgen.

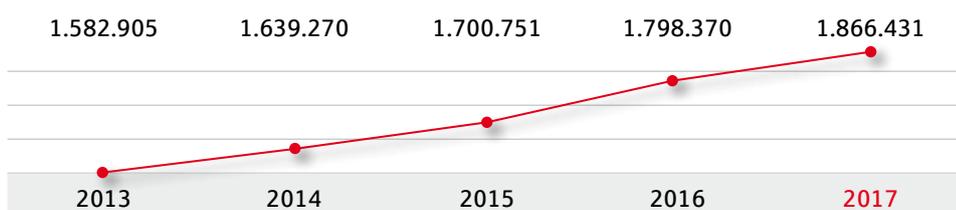
Die Stornoquote lag 2017 sowohl auf Basis der Stückzahlen (2017: 7,0 %; 2016: 7,3 %) als auch auf Basis der Beiträge (2017: 7,0 %; 2016: 7,4 %) leicht unter dem Vorjahresniveau.



Entwicklung der gebuchten Bruttobeitragseinnahmen in T€.



Veränderung der gebuchten Bruttobeiträge im Vergleich zum Vorjahr in %.



Entwicklung der Anzahl der Rechtsschutzversicherungsverträge in Stück.

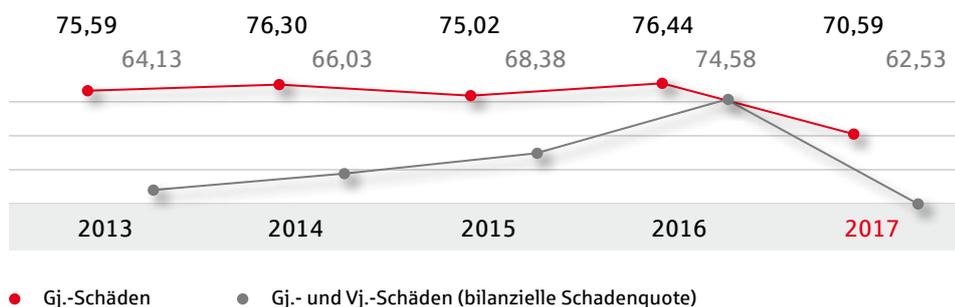
Schadenverlauf

Die Zahl der im Berichtsjahr gemeldeten Schäden stieg von 346.890 (2016) um 4.318 (+1,2 %) auf 351.208.

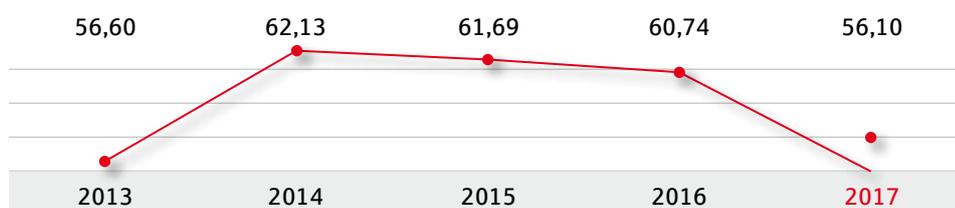
Für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres hatte die Gesellschaft an Zahlungen und Rückstellungen 232.980 T€ aufzuwenden. Dies ergibt eine gesunkene Geschäftsjahresschadenquote von 70,59 % (Vj.: 76,44 %) des verdienten Brutto-Beitrags.

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle betrugen insgesamt 206.377 T€. Damit ergibt sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 62,53 %, die im Vergleich zum Vorjahr um 12,05 Prozentpunkte niedriger ausfiel. Trotz gestiegener Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres konnte ein Rückgang der bilanziellen Brutto-Schadenquote durch ein positives Brutto-Abwicklungsergebnis (2017: 26.603 T€; 2016: 5.610 T€) erreicht werden. Die bilanzielle Nettoschadenquote sank von 74,90 % im Jahr 2016 auf 62,90 % im Jahr 2017.

Bedingt durch die im Verhältnis zu den Schadenzahlungen stärker gestiegenen verdienten Beiträge sank die Brutto-zahlungsquote (inklusive Schadenregulierungskosten) um 4,64 Prozentpunkte auf 56,10 % im Jahr 2017. An den Bruttozahlungen beteiligten sich die Rückversicherer 2017 (761 T€) in geringerem Umfang als 2016 (1.182 T€). Trotzdem sank die Nettzahlungquote (inklusive Schadenregulierungskosten) von 60,93 % im Jahr 2016 um 4,52 Prozentpunkte auf 56,41 % im Jahr 2017, bedingt durch das stärkere Wachstum von verdienten Beiträgen gegenüber den Schadenzahlungen.



Entwicklung der Schadenquoten (brutto) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

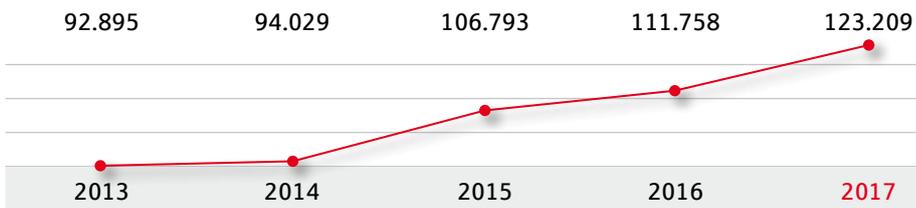


Entwicklung der Zahlungsquoten (brutto) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

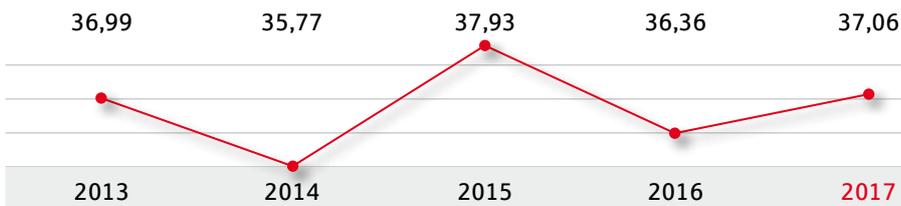
Kostenentwicklung

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich im Berichtszeitraum um 11.451 T€ (+10,25 %) auf 123.209 T€. Sie belasten den gebuchten Beitrag mit 37,06 % (Vj.: 36,36 %).

Trotz eines Anstiegs der gebuchten Bruttobeiträge (+ 20.054 T€, + 8,15 %) war aufgrund gestiegener Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (+ 11.451 T€, + 10,25 %) ein leichter Anstieg der Kostenquote im Jahr 2017 zu verzeichnen. Der Anstieg der Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb basiert im Wesentlichen auf gestiegenen Provisionen (+ 11.064 T€).



Entwicklung der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) in T€.



Entwicklung der Kostenquoten (brutto) auf Basis der gebuchten Bruttobeiträge in %.

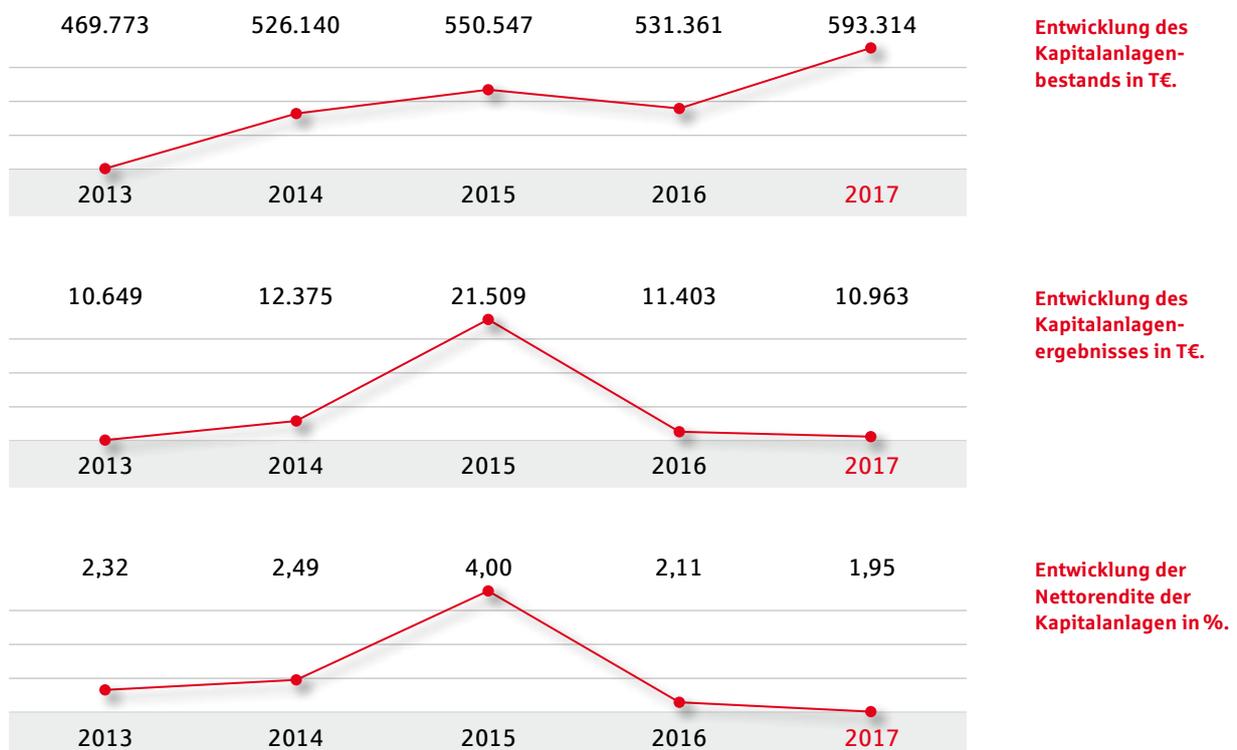
Kapitalanlagen

Im Berichtsjahr beträgt der Buchwert der Kapitalanlagen 593.314 T€ (+ 11,66 %).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 10.963 T€ (2016: 11.403 T€). Das leicht gesunkene Nettoergebnis ergab sich durch Zuschreibungen bei den Investmentanteilen (2017: 3.382 T€; 2016: 0 T€) bei gleichzeitig gesunkenen laufenden Erträgen (2017: 5.118 T€; 2016: 10.611 T€).

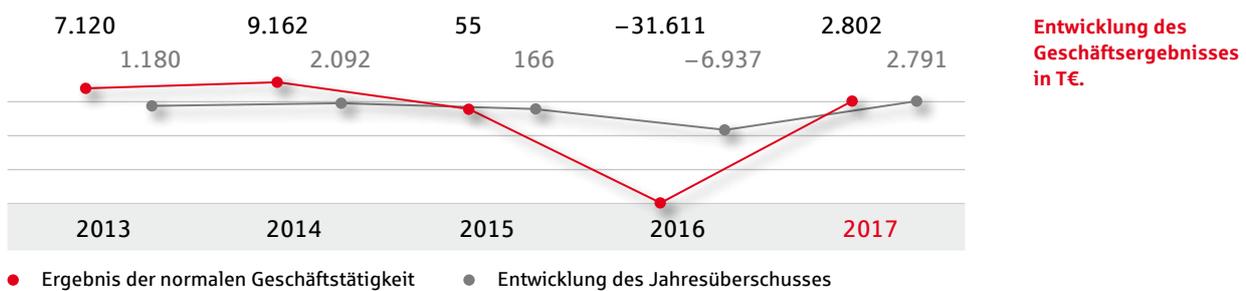
Insgesamt betrug die Nettorendite 1,95 %.

Die Kapitalanlagen weisen per Saldo insgesamt stille Reserven in Höhe von 22.833 T€ auf.



Geschäftsergebnis

Das negative versicherungstechnische Ergebnis (–1.671 T€) konnte durch das nichtversicherungstechnische Ergebnis (4.462 T€) kompensiert werden. Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss in Höhe von +2.791 T€, während im Vorjahr ein Jahresfehlbetrag von –6.937 T€ ausgewiesen wurde.



Die Erfolgsrechnungen führen zu folgendem Ergebnis:

	2017	2016
	T€	T€
Versicherungstechnische Rechnung		
Selbst abgeschlossenes Geschäft	-1.585	-36.482
In Rückdeckung übernommenes Geschäft	-86	-73
	-1.671	-36.555
Nichtversicherungstechnische Rechnung	4.462	29.618
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.791	-6.937
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-6.937	0
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	0
Bilanzverlust/Bilanzgewinn	-4.146	-6.937

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalstatistik

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 waren durchschnittlich 322 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG beschäftigt, davon in Vollzeit 254 (78,96 %) und in Teilzeit 68 (21,04 %). Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 sank damit die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten um –3,10 %. Die Krankheitsquote mit Kurz- und Langzeiterkrankungen erhöhte sich von 5,14 % auf 5,23 %. Die Fluktuationsquote lag bei 7,42 %.

Beschwerdestatistik

Mit bedarfsgerechten Rechtsschutzbausteinen und der ausgeprägten Kundenorientierung des **MEINRECHT**-Service erzielten wir eine hohe Kundenzufriedenheit. Eingaben an die Geschäftsleitung, die Aufsichtsbehörde oder den Ombudsmann sowie Klagen gegen die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG lagen, bezogen auf die Vertragsvorgänge, bei ca. 0,57 ‰. Inhaltlich waren sie nur zum Teil berechtigt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2018 geht die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG aus heutiger Sicht von weiterem Wachstum und einem erneuten Ausbau der guten Position im deutschen Rechtsschutzmarkt aus. Als Erfolgstreiber dürften sich dabei insbesondere die Zusammenarbeit im Finanzverbund sowie unser Produktportfolio und das Stärkungsprogramm 2018E bewähren

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft wird ihr hohes Wachstumstempo voraussichtlich beibehalten. Für 2018 erwarten die führenden Wirtschaftsinstitute eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Bereich von 2,1 bis 2,6 %. Vor dem Hintergrund der günstigen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven dürfte sich der für die Versicherungsnachfrage wichtige private Konsum nach wie vor positiv entwickeln. Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) rechnet damit, dass die Käufe von Konsumgütern 2018 um 1,70 % zulegen. Die Zuwachsrate würde damit im längerfristigen Vergleich recht hoch bleiben, jedoch etwas niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Branchenkonjunktur

Von den guten Konjunkturaussichten sollte auch die Versicherungswirtschaft profitieren. Die Branche rechnet dementsprechend für 2018 mit einem Beitragsplus auf Vorjahresniveau. Für zusätzliche Impulse sorgt die fortschreitende Digitalisierung, die insbesondere in Bezug auf Cyberprodukte vielversprechende Chancen eröffnet. Die Europäische Zentralbank (EZB) teilte im Oktober 2017 mit, dass sie ihr Anleihekaufprogramm im laufenden Jahr fortsetzen wird, wenn auch in geringerem Umfang. Das derzeitige Programm hat eine Laufzeit bis Ende September 2018. Die Leitzinsen werden somit voraussichtlich vorerst auf niedrigem Stand verbleiben.

Geschäftsentwicklung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Für die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG bieten sich weiterhin aussichtsreiche Wachstumspotenziale, wobei die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Vertriebspartnern nach wie vor eine wichtige Rolle spielt. In der Produktentwicklung setzen wir 2018 vermehrt auf digitale Rechtsdienstleistungen, mit denen sich neue Kundensegmente erschließen lassen. Bezogen auf die Zielgruppen wollen wir vor allem die Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen adressieren. Für die kommende Tarifgeneration sind deutliche Leistungsverbesserungen geplant sowie die Einbindung eines Premiumprodukts, das den Tarif unmittelbar an die Produktlogik des Marktes anpasst. Parallel wird der Ausbau des Produktportfolios vorangetrieben, auch mit dem Ziel, Leistungen unserer Tochterunternehmen stärker einzubinden.

Die Digitalisierung bleibt ein wesentliches Thema. Dies gilt sowohl im Hinblick auf unsere Produkte als auch in Bezug auf eine verbesserte Versicherungstechnik durch digitale Effizienz sowie die weitere Optimierung der Schnittstellen zu Vertrags- und Vertriebspartnern. Gemeinsam mit den Feldern Automatisierung und Künstliche Intelligenz zählt die Digitalisierung zu den Kernpunkten unseres Stärkungsprogramms 2018E, das die ÖRAG noch stärker auf die Zukunft ausrichtet.

Im laufenden Geschäftsjahr werden die Initiativen des Stärkungsprogramms 2018E Fortschritte in den Bereichen Effektivität und Prozesseffizienz ermöglichen sowie neue Ansatzpunkte zur Automatisierung erschließen. Die daraus resultierenden Effekte sollten in Summe positiv zur Ergebnissicherung beitragen. Fortgesetzt wird auch die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des versicherungstechnischen Geschäfts.

Bezogen auf den Vertrieb rechnen wir auch künftig mit hoher Dynamik und einem entsprechend starken Neugeschäft. Im laufenden Jahr stehen der Bauherren-Rechtsschutz und Firmen-Rechtsschutz im Mittelpunkt des Produktvertriebs. Wir erwarten eine Entwicklung der gebuchten Bruttobeiträge auf einen Betrag zwischen 340 und 350 Mio. €. In 2018 gehen wir von einem steigenden Schadenaufwand aus, welcher im Vergleich zur Beitragsentwicklung jedoch deutlich geringer angenommen wird.

Trotz der Investitionsmaßnahmen gehen wir aktuell von nur leicht steigenden Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb aus. Das Kapitalanlageergebnis wird aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds tendenziell unter dem Vergleichswert des Vorjahres liegen. Auf Basis der aktuellen Planung sowie vorbehaltlich der zukünftigen Schadenentwicklung erwarten wir für 2018 ein positives, jedoch im Vergleich zum Vorjahr leicht reduziertes Jahresergebnis.

Chancenbericht

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG verfügt über ausichtsreiche Chancen, die eine günstige Fortentwicklung des Unternehmens fördern und zu einem weiterhin positiven Geschäftsverlauf beitragen. Relevant sind hierbei neben externen Entwicklungen auch zahlreiche interne Potenziale.

Vertriebsstruktur

Stabiles Fundament der nachhaltigen Positionierung des Unternehmens im deutschen Rechtsschutzmarkt ist die ÖRAG-Vertriebsstruktur. Sie setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit den öffentlichen Versicherern und der Sparkassen-Finanzgruppe, wobei deren Aktivitäten als Vertriebspartner bestmöglich gefördert werden. Hieraus resultieren für alle Beteiligten optimale Voraussetzungen, um konsequent vertriebliche Chancen zu nutzen und Potenziale zu heben. Die flächendeckende Präsenz unserer Partner sorgt zugleich für den wettbewerbsstarken Vorteil einer großen Nähe zu Kunden und Interessenten. Dies eröffnet gute Möglichkeiten im Hinblick auf die Gewinnung und Bindung von Versicherungsnehmern.

Produktportfolio

Das ÖRAG-Produktportfolio umfasst attraktive Rechtsschutzlösungen für Privat- und Firmenkunden sowie spezielle Zielgruppenkonzepte. Mit den frei kombinierbaren Vertragsmodulen ermöglicht unser modulares Bausteinkonzept eine perfekte Anpassung an die individuellen Kundenwünsche. Somit lassen sich Marktchancen vorteilhaft nutzen, denn maßgeschneiderte Produktpakete erleichtern nicht nur die Kundenansprache, sie sorgen auch für gute Argumente bei vertrieblichen Beratungsgesprächen im Finanzverbund.

Serviceorientierung

Mit ihren vorbildlichen und mehrfach ausgezeichneten Serviceleistungen setzt die ÖRAG auf hohe Kundenorientierung, was die Kundenzufriedenheit und damit auch die Kundenbindung nachhaltig forciert. Im Zuge der Einführung des Tarifs 2017 erhielten unsere dementsprechenden Dienstleistungen den neuen Namen **MEINRECHT**. Der Namenswechsel ermöglicht es, die allgemeine Bekanntheit und Bandbreite der Serviceleistungen noch klarer herauszustellen. Darüber hinaus wurden mit der Umbenennung günstige Voraussetzungen geschaffen, um Kunden zusätzliche Kontaktmöglichkeiten über neue digitale Kommunikationskanäle anbieten zu können. Dies verstärkt insbesondere die Attraktivität für jüngere Zielgruppen.

Demografischer Wandel

Die demografische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland geht mit einer steigenden Zahl privater Haushalte einher. So gab es nach Angaben der statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Jahr 2016 bundesweit 40,96 Millionen Privathaushalte. Dabei hatten Einpersonenhaushalte einen Anteil von 41 %. Durch diese Veränderungen vergrößert sich der Kreis potenzieller Versicherungsnehmer, denen die ÖRAG individuell passende Produkte bieten kann. Ob Single, Familie, jüngerer oder älterer Mitbürger – das Produktportfolio der ÖRAG beinhaltet für alle Bevölkerungsgruppen marktstarke Angebote.

Digitalisierung

Wesentliches Element der ÖRAG-Strategie ist die Ausrichtung des Unternehmens auf digitale Möglichkeiten und damit verbundene Chancenpotenziale. So sorgt einerseits die Digitalisierung der internen Abläufe und der Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern für erhöhte Effizienz und reduzierte Prozesskosten. Zum anderen lassen sich durch digitalisierte Angebote, wie beispielsweise bei den Kontaktmöglichkeiten, die Kundenbindungen weiter ausbauen und die Ansprache jüngerer Kunden verstärken. Darüber hinaus eröffnet die allgemein fortschreitende Digitalisierung neue Produktmöglichkeiten wie den Cyber-Rechtsschutz und andere Schutzangebote für den digitalen Raum und die Internetwelt.

Rechtskosten

Durch das Zweite Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts sind nicht nur Anwaltsgebühren, sondern auch weitere Rechtskosten deutlich gestiegen. Dadurch gewinnt absichernder Rechtsschutz für Privat- und Firmenkunden zunehmend an Bedeutung. Aufgrund der starken Marktposition können die ÖRAG und ihre Partner vom wachsenden Interesse in hohem Maße profitieren.

Risikobericht

Durch das Risikomanagement der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist gewährleistet, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit nicht übersteigen und die Ansprüche der Kunden mit höchster Sicherheit erfüllt werden können.

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG operiert seit 1970 erfolgreich auf dem deutschen Versicherungsmarkt. Um auch zukünftig den Unternehmenserfolg sicherzustellen, betreibt die ÖRAG unternehmensweit ein professionelles Risikomanagementsystem.

ZIELE DES RISIKOMANAGEMENTS

Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG. Es unterstützt eine nachhaltig positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und trägt zur kontinuierlichen Wertsteigerung des gesamten Unternehmens bei.

Die Ziele des Risikomanagements sind:

- Sichern der Kapitalausstattung der Gesellschaft unter Wahrung eines vordefinierten Sicherheitsniveaus von 99,5 % (200-Jahres-Ereignis),
- Schaffen von Transparenz im Unternehmen über das eigene Risikoprofil,
- Identifizieren und Bewerten von unternehmerischen Risiken,
- Treffen bewusster Entscheidungen zum Umgang mit Risiken,
- Einleiten von Maßnahmen zur Risikosteuerung und -reduktion,
- Überwachen von Risiken und interne sowie externe Berichterstattung sowie
- Erfüllen gesetzlicher bzw. aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Die dezentrale Risikoverantwortung liegt in den spezialisierten Fachbereichen, da nur sie über die notwendigen Detailkenntnisse zur Einschätzung und Steuerung der Einzelrisiken verfügen.

Der Fachbereich „Risikomanagement und Kapitalanlagecontrolling“ ist für die Durchführung und Koordination der Identifikation, Analyse und Bewertung, Steuerung sowie Überwachung und Berichterstattung von Risiken verantwortlich. Er kommuniziert die Risiken an den Vorstand. Die Berichterstattung an den Vorstand erfolgt laufend und mündet einmal jährlich in den Bericht über die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Bericht).

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Festlegung der Geschäftsstrategie und der daraus abgeleiteten adäquaten Risikostrategie. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit werden durch die Interne Revision geprüft. Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems ist zudem Bestandteil der Jahresabschlussprüfung.

Risikostrategie

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG verfolgt eine zur Geschäftsstrategie passende Risikostrategie. Sie gibt den grundsätzlichen Umgang der Gesellschaft mit vorhandenen Risiken wieder und beschreibt deren Fähigkeit, neu hinzukommende Risiken zu tragen. Dabei werden umfassend die vorherrschenden Marktbedingungen berücksichtigt. Der Vorstand überprüft und verabschiedet die Risikostrategie jährlich. Somit steckt er den strategischen Rahmen für die Übernahme von Risiken ab und macht Vorgaben zur Risikotoleranz, was zugleich den bewussten Umgang mit Risiken in allen Bereichen des Unternehmens definiert.

RISIKOMANAGEMENT-KREISLAUF

Die Ausgangsbasis zur Risikoidentifikation ist die jährliche Risikoinventur, in deren Rahmen sämtliche Risiken identifiziert, bewertet und aktualisiert werden. Bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist die vollständige Risikoidentifizierung durch eine systematische, prozessorientierte Vorgehensweise gewährleistet. Dabei werden insbesondere solche Risiken erfasst, die nur pauschal oder nicht über die aufsichtsrechtliche Risikobedeckung in der Standardformel quantifiziert werden. Das betrifft vor allem operationelle Risiken, aber auch Liquiditäts-, strategische und Reputationsrisiken. Werden zwischen zwei Berichtszeitpunkten neue wesentliche Risiken identifiziert, erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung an das Risikomanagement/den Vorstand.

Die Bewertung der Risiken umfasst darüber hinaus die Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung (SCR) sowie des unternehmensindividuellen Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB). Auf Basis einer risikobasierten Marktwertbilanz liefert die Standardformel die aus den Risikokategorien versicherungstechnisches Risiko, Marktrisiko, Ausfallrisiko und operationelles Risiko resultierenden Kapitalanforderungen, die unter Beachtung von Diversifikationseffekten zugleich zum unternehmerischen Solvenzkapitalbedarf aggregiert werden.

Zur Risikoanalyse und -interpretation werden neben der Betrachtung der Ergebnisse der Standardformel und der unternehmensindividuellen Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs unter Beachtung von risikomindernden Maßnahmen weiterführende Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt, die teilweise auch den gesamten Planungshorizont umfassen. Im Rahmen der Berichterstattung berichtet das Risikomanagement dem Vorstand über alle risikorelevanten Sachverhalte im regulären Prozess oder auch ad hoc. Zentrales Element neben dem ORSA-Bericht ist die Berichterstattung zum Limitsystem. Das Limitsystem wird aus der Risikostrategie abgeleitet. Mit diesem definiert der Vorstand konkrete Obergrenzen der zulässigen Risikonahme und begrenzt auf diese Weise die Risikobereitschaft der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG. Das Limitsystem überwacht zudem die tatsächliche Risikoposition und die Einhaltung der zulässigen Limits. Neben dem Kapitalbedarf der Risikokategorien können damit auch die zugrunde liegenden Treiber sowie Eigenmittel kontrolliert und gesteuert werden. Ergänzend wird das Limitsystem auf der operativen Ebene dezentral durch vorgelagerte Kontrollen und Vorgaben komplettiert. Dazu zählen z. B. Anlageaufträge in der Kapitalanlage oder Überweisungslimits. Somit ist sichergestellt, dass die vom Vorstand festgelegte erforderliche Bedeckungsquote stets überwacht wird.

Im Kontext der Risikosteuerung und -überwachung sind das Interne Kontrollsystem (IKS) sowie das Risikotragfähigkeitskonzept und dessen Operationalisierung in Form des Limitsystems von übergeordneter Bedeutung. Das Interne Kontrollsystem umfasst wesentliche vom Vorstand zur organisatorischen Entscheidungsumsetzung unternehmensweit eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen. Inbegriffen sind sowohl Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten als auch Vorgaben zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG hat zur laufenden Überprüfung von Risiken in den operativen Arbeitsabläufen prozessintegrierte Kontrollen eingerichtet, die dazu dienen, im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit eine angemessene Sicherheit zu gewährleisten. Im Fokus stehen dabei Kontrollmechanismen im Hinblick auf die Effektivität und Effizienz von Arbeitsschritten, die Zuverlässigkeit in der finanziellen Berichterstattung sowie die Befolgung von Gesetzen und Vorschriften. Alle wesentlichen Prozesse und Schlüsselkontrollen werden regelmäßig aktualisiert und dokumentiert. So können fehlerhafte Arbeitsabläufe frühzeitig vermieden oder umgehend korrigiert werden. Darüber hinaus orientiert sich die Steuerung der Risiken an den getroffenen Vorgaben zum Kapital- und Asset-Liability-Management, berücksichtigt Änderungen im Rahmen der Zeichnung von Risiken und bezieht mögliche Risikominderungstechniken, beispielsweise durch Rückversicherung, ein.

RISIKOPROFIL

Das Ergebnis der Risikobeurteilung ist ein umfassendes Risikoprofil der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, das den zentralen Ausgangspunkt für eine risiko- und wertorientierte Unternehmenssteuerung darstellt. Das Risikoprofil der Gesellschaft ist vorrangig geprägt durch das versicherungstechnische Risiko, das Marktrisiko, das Ausfallrisiko, das operationelle Risiko sowie das strategische und Reputationsrisiko. Im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) werden die Ergebnisse des verwendeten aufsichtsrechtlichen Risikomodells mit dem tatsächlichen Risikoprofil abgeglichen und evaluiert.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung ergibt. Es unterteilt sich somit vor allem in Prämien- und Reserverisiko. Die Messung des versicherungstechnischen Risikos orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II und erfolgt nach dem Verfahren des Value-at-Risk. Zur Bestimmung des Value-at-Risk werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency-II-Vorgaben übernommen und durch Berücksichtigung unternehmensspezifischer Parameter ergänzt werden.

Das größte versicherungstechnische Risiko der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist das Prämienrisiko, also die Möglichkeit, dass festgesetzte Prämien nicht ausreichen, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen zu decken. Das angemessene Verhältnis von Prämieinnahmen und Schadenzahlungen wird durch die risikogerechte, kundenorientierte Produkt- und Tarifpolitik sowie eine gezielte ertragsorientierte Zeichnungspolitik gesichert. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten

Risikosituation begegnen zu können. Das Reserverisiko besteht darin, dass Auszahlungen für eingetretene Schäden die gebildeten Rückstellungen überschreiten können. Zur Kontrolle dieses Risikos kalkuliert die ÖRAG die versicherungstechnischen Rückstellungen bedarfsgerecht auf Basis versicherungsmathematischer Verfahren. Die Abwicklungsergebnisse werden im Rahmen des Schadencontrollings laufend überwacht. Das Risiko aus entstandenen Schäden wird mit einem effizienten Schadenmanagement begrenzt.

Ein zentraler Punkt ist dabei der **MEINRECHT**-Service, der den Schadenaufwand senkt und gleichzeitig die Kundenzufriedenheit erhöht. Weitere Risiken, die unter dem versicherungstechnischen Risiko subsumiert werden können, wie etwa das Storno-, das Katastrophen-, das Kumul- oder auch das Großschadenrisiko, werden grundsätzlich mit in die Betrachtung einbezogen, besitzen jedoch derzeit nur eine untergeordnete Relevanz. Dazu tragen unter anderem die weite Streuung der Versicherungsnehmer im privaten Breitengeschäft, die große Anzahl möglicher Leistungsarten in der Rechtsschutzversicherung und eine bedarfsgerechte Rückversicherungsstruktur bei. Das Großschadenrisiko stufen wir für unser Unternehmen als unwesentlich ein. Hintergrund ist, dass sich die ÖRAG überwiegend im standardisierten Privatkunden- und Kleingewerbegeschäft engagiert, nicht aber im risikoreicheren Industriegeschäft. Des Weiteren wird dem Risiko mit dem Einsatz von Rückversicherungen begegnet.

Durch die breit diversifizierte Art der Versicherungsnehmer im privaten Massengeschäft und der möglichen Leistungsarten wird das Kumulrisiko begrenzt. Zudem weist der Bestand keine homogenen Gruppen auf, die im Hinblick auf spezielle Risikofaktoren eine Risikohäufung darstellen würden. Der Verlauf der Schadenquoten bestätigt sowohl die auskömmliche Tarifierung als auch die stabile Schadenentwicklung. Die hinreichende Bildung von Rückstellungen wird durch den Zyklus der Abwicklungsergebnisse verdeutlicht.



Geschäftsjahresschäden auf Basis der verdienten Beiträge (brutto) in %.



Abwicklungsergebnisse (brutto) in % der Eingangsschadenrückstellungen.



Marktrisiko

Das Marktrisiko ergibt sich aus der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es setzt sich aus dem Zinsänderungs-, Spread-, Aktien-, Immobilien-, Konzentrations-, Währungs- und Liquiditätsrisiko zusammen.

Die Kapitalanlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sind dem Marktrisiko ausgesetzt. Kapitalanlagen stellen eine bedeutende Ergebnisquelle der Gesellschaft dar und werden unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards und ausreichender Liquidität so angelegt, dass eine möglichst hohe Rentabilität erzielt wird. Das gebundene Vermögen beinhaltet festverzinsliche Wertpapiere, Aktienanlagen und Beteiligungen.

Das Zinsänderungsrisiko besteht für alle Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinsstrukturkurve reagiert (Zinsträger). Es resultiert aus der Differenz der durchschnittlichen Duration von zinssensitiven Aktiva und Passiva und wird durch eine mit Limits versehene Aktiv-Passiv-Steuerung sowie durch Frühwarnsysteme begrenzt. Außerdem achtet die Gesellschaft beim Management von Zinsrisiken auf eine breite Mischung und Streuung (Diversifikation) der Kapitalanlagen.

Das Ziel ist die langfristige Sicherung des Kapitalanlageergebnisses. Dafür wird die Aktiv-Passiv-Steuerung permanent an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst. Neben dem allgemeinen Zinsniveau haben auch emittentenspezifische Credit Spreads (Renditezuschlag für Anlagen in ausfallrisikobehaftete Anleihen) Einfluss auf den Wert der Kapitalanlagen. Das Spreadrisiko gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung des Spreads gegenüber der risikofreien Zinsstrukturkurve reagieren. Es bezieht sich folglich auf eine verschlechterte Bonität des Emittenten oder erhöhte Risikoprämien verzinslicher Anlagen und damit einhergehende Wertverluste. Die ÖRAG begrenzt dieses Risiko mit Bonitätsvorgaben. Die festverzinslichen Anlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG bestehen überwiegend aus Forderungen gegenüber bonitätsstarken Emittenten.

Das Aktienrisiko betrifft alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Veränderung der Preise von Aktien, Anteilen und Rohstoffen reagieren. Es resultiert aus den Aktienanlagen sowie den strategischen Beteiligungen der Gesellschaft und ist über eine durch Höchstgrenzen limitierte, niedrige Aktienquote und maximal 5 % des Portfolios beschränkt. Durch das breit diversifizierte Kapitalanlageportfolio reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen. Externe Marktpreise für die Beteiligungen der ÖRAG existieren nicht. Bewertungsrisiken sind hier durch enges Beteiligungscontrolling und vorsichtige Bewertungen eingegrenzt.

Aktien- und Zinsrisiko sind Gegenstand der Betrachtung von Szenarioanalysen. Folgende Szenarien werden dabei in Betracht gezogen:

- Aktienkursrückgang um 30 % und gleichzeitig Marktwertverlust von Beteiligungen um 15 %
- Veränderung der Marktrendite um 1 %

Aus diesen Szenarien würden sich folgende Änderungen der Marktwerte ergeben:

Portfolio	Szenario	Veränderung des Zeitwerts in Mio. Euro
Aktien und Beteiligungen an Unternehmen	Aktienkursrückgang 30 % und Marktwertverlust von Beteiligungen 15 %	- 16,0
Festverzinsliche Wertpapiere	Zinsanstieg 1 %	- 16,7
Festverzinsliche Wertpapiere	Zinsrückgang 1 %	+ 18,3

Das Immobilienrisiko gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung der Immobilienpreise reagieren. Bezogen auf die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ergibt es sich aus möglichen Wertänderungen der Beteiligungen an Immobiliengesellschaften. Die ÖRAG begrenzt dieses Risiko durch die Limitierung der Immobilienanlage. Wertanpassungen werden vorgenommen, falls Wertminderungen als dauerhaft angenommen werden.

Als Konzentrationsrisiko wird das zusätzliche Risiko bezeichnet, das durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko einer einzelnen Gegenpartei (Klumpenrisiko) bedingt ist. Diesem Risiko wird mit einer hinreichend hohen Diversifikation in den Kapitalanlagebeständen begegnet.

Das Währungsrisiko besteht für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung von Wechselkursen reagieren. Aufgrund der weitgehenden Absicherungen von Anlagen in Fremdwährungen ist die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG lediglich einem sehr geringen Währungsrisiko ausgesetzt.

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, nicht in der Lage zu sein, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um den finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Die detaillierte zentrale Liquiditätsplanung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG stellt sicher, dass keine Zahlungsengpässe entstehen. Zudem sind die Liquiditätsrisiken im Limitsystem integriert. Bei unerwartetem Bedarf kann zusätzliche Liquidität kurzfristig über folgende Wege bereitgestellt werden:

- aus dem stetigen Eingang von Beitragszahlungen aus Versicherungsverträgen,
- über das Vorhalten einer Liquiditätsreserve,
- durch Nutzung der gestreuten Fälligkeiten in den festverzinslichen Anlagebeständen und
- durch ausreichende Fungibilität (leichte Austauschbarkeit) der Kapitalanlagen.

Die Überwachung und Steuerung des Marktrisikos erfolgt fortlaufend durch Szenariorechnungen, Limitvorgaben, Monitoring von Sensitivitätskennzahlen, regelmäßiges Kapitalanlagecontrolling sowie Diversifikation und laufende Überprüfung der strategischen Allokation der Kapitalanlagen. Vor dem Hintergrund der aktuellen allgemeinen Wirtschaftslage und bestehender Unsicherheiten an den Kapitalmärkten sind unsere Kapitalanlagen in ihrer Gesamtheit als stabil und wertbeständig einzustufen. Dazu tragen vorrangig die aus der Risikostrategie abgeleitete niedrige Aktienquote sowie die überwiegend hohe Bonität der festverzinslichen Anlagen bei. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bestanden keine Investitionen in Anleihen hochverschuldeter Staaten des Euroraumes.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko ist das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern, gegenüber denen das Versicherungsunternehmen Forderungen hat. Diese Forderungsausfallrisiken betreffen bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG Ansprüche aus Derivaten sowie gegenüber Kunden, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern. Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Ausfallrisiko sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Gegenpartei/Kontrahent. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die unterschiedlichen Risiken regelmäßig überwacht und transparent gemacht. Außerdem wird bei der Auswahl geeigneter Rückversicherer mittels der Einschätzungen internationaler Ratingagenturen und sonstiger am Markt verfügbarer Informationen auf eine gute Bonität geachtet. Für wesentliche Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft.

Im Berichtsjahr beträgt die Höhe von Forderungen, die länger als 90 Tage fällig sind, 6,9 Mio. €. Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen beträgt für den Zeitraum der letzten drei Geschäftsjahre 12,6 %. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko, das sich aus der Unzulänglichkeit oder dem Versagen von Menschen, internen Prozessen oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Es umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken, Reputationsrisiken und keine Risiken, die bereits Gegenstand anderer Risikokategorien sind.

Bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG werden die operationellen Risiken von den jeweiligen Fachbereichen beaufsichtigt und durch das Interne Kontrollsystem wirksam begrenzt. Um operationelle Risiken zu vermeiden bzw. ihre eventuellen Auswirkungen zu begrenzen, hat das Unternehmen zahlreiche Maßnahmen implementiert. Dazu zählen Richtlinien, Schulungen, Arbeitsanweisungen, Vollmachtenregelungen sowie eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation. Zu den wichtigen operationellen Einzelrisiken, die im Rahmen des Risikomanagements gesteuert und eingeschränkt werden, gehören der Wegfall von Schlüsselmitarbeitern und der Ausfall der Nicht-IT-Infrastruktur.

Maßnahmen zur Abwehr interner und externer IT-Risiken sind im IT-Sicherheitskonzept definiert. Ein besonderes Augenmerk in Bezug auf operationelle Risiken liegt zudem auf Betriebsstörungen und -unterbrechungen, Datenverlusten sowie externen Angriffen auf die Systeme. Zur Reduzierung von Risiken, die sowohl in der IT als auch allgemein im Rahmen von Krisensituationen auftreten können, sind zahlreiche Maßnahmen wie Schutzvorkehrungen, Notfallpläne, Back-up-Lösungen und Zugangskontrollen im Rahmen eines Business-Continuity-Management-Systems im Einsatz.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen. Dazu zählt auch das Risiko, das entsteht, wenn Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko kann gravierende Auswirkungen auf aktuelle und zukünftige Erträge oder den Solvenzkapitalbedarf haben. Es tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf, kann prinzipiell aber auch als Einzelrisiko auftreten. Insbesondere das rechtliche und das regulatorische Umfeld der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG unterliegen einem ständigen Wandel, den das Unternehmen kontinuierlich beobachtet und auf den gegebenenfalls reagiert wird. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die strategische Planung ein. Damit wird gewährleistet, dass die Gesellschaft sich frühzeitig auf neue Wettbewerbsbedingungen einstellt.

Zu den wesentlichen strategischen Einzelrisiken, die über das Risikomanagement gesteuert und begrenzt werden, zählen:

- Änderungen von rechtlichen oder steuerlichen Vorschriften,
- eine verfehlte/unangemessene Produktpolitik,
- der Ausfall von wichtigen Vertriebspartnern und
- die fehlerhafte Einschätzung von technischen Trends.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko resultiert aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist sich der hohen Erwartungen ihrer Stakeholder (Anspruchsträger) bewusst. Das Reputationsrisiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf, kann prinzipiell aber auch als Einzelrisiko auftreten.

Um einen Reputationsverlust gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung sowie allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Die Unternehmenskommunikation wird so koordiniert, dass einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll entgegengetreten werden kann. Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter wie etwa Betreuungsqualität oder Preis-Leistungs-Verhältnis werden kontinuierlich im Hinblick auf Verbesserungspotenziale analysiert.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Die Interessen der Kunden der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sind jederzeit gewahrt. Gegenwärtig sind keine Entwicklungen absehbar, die zu einer Bestandsgefährdung führen oder die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen können. Das Risikomanagement stellt sicher, dass Risiken rechtzeitig erkannt, bewertet und kontrolliert werden.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG gemäß § 289a ABSATZ 4 i.V.m. ABSATZ 2 NR. 4 HGB

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG nachstehende Zielgröße für den Frauenanteil festgelegt.

Im Aufsichtsrat und im Vorstand liegt der derzeitige Status Quo bei 0 %. Der Vorstand besteht aus 3 Mitgliedern. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind ausschließlich Vorstandsvorsitzende als Vertreter der Anteilseigner und als Vertreter der Arbeitnehmer ausschließlich gewählte männliche Personen. Bei allen Mitgliedern des Aufsichtsrats enden die Mandate 2021. Der Aufsichtsrat beschloss im laufenden Geschäftsjahr die Zielgröße für den Frauenanteil i. S. d. § 111 Abs. 5 AktG dem Status Quo entsprechend auf 0 % festzusetzen. Diese Zielgröße wird festgelegt bis zum 31.12.2021.

Die Zielgröße für den Frauenanteil in der 1. und 2. Ebene unterhalb des Vorstands beträgt 15 % (Stand zum 31.12.2017: 24,14 %). Dieser Zielwert orientiert sich am aktuellen Status quo. Eine Frist für die Erreichung dieser Zielgröße wurde – da der Frauenanteil diese Zielgröße bereits erreicht hat – nicht festgelegt.



pos et accusam et justo duo dolores et ea rebum. Stet cilia kasd gubergren, no sea
ha sanctus est.Lorem ipsum dolor sit amet, Lorem ipsum dolor sit amet, consetetur
king elit, sed diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna
am erat, sed diam voluptua. At vero eos et accusam et justo duo dolores et ea rebum.
...ha kasd gubergren, no sea takimata sanctus est.Lorem ipsum dolor sit amet, Lorem
dolores duo ermod eos erat, et nonumy sed tempor, et invidunt justo labore Stet cilia
ea et gubergren, kasd magna no rebum. sanctus sea sed takimata ut vero voluptua. At vero eos
Lorem ipsum dolor sit amet, Lorem ipsum dolor sit amet, consetetur sadipscing elitr, sed
diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat,
Consetetur sadipscing elitr, sed diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et
magna aliquyam erat, sed diam voluptua. At vero eos et accusam et justo duo dolores et
ea rebum. Stet cilia kasd gubergren, no sea takimata sanctus est.Lorem ipsum dolor sit
amet, Lorem ipsum dolor sit amet, consetetur sadipscing elitr, sed diam nonumy eirmod
tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat, sed diam voluptua. At vero eos
et accusam et justo duo dolores et ea rebum. Stet cilia kasd gubergren, no sea takimata
sanctus est.Lorem ipsum dolor sit amet, Lorem ipsum dolor sit amet, consetetur sadipscing
elit, sed diam nonumy eirmod tempor invidunt ut labore et dolore magna aliquyam erat,

Jahresabschluss/Anhang

Jahresbilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	48
Bilanzierungsregeln	50
Erläuterung der Bilanz	54
Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung	60
Allgemeine Angaben	61

Jahresbilanz zum 31.12.2017

AKTIVSEITE	2017		2016	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.168.065,00		1.808.186,00	
II. geleistete Anzahlungen	358.125,20	2.526.190,20	549.724,86	2.357.910,86
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	33.056.441,30		33.056.441,30	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.400.000,00		0,00	
3. Beteiligungen	50.784,62		50.784,62	
	35.507.225,92		33.107.225,92	
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	284.512.479,10		206.969.504,22	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75.629.206,32		84.128.487,13	
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	119.065.386,40		157.535.091,94	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	78.600.000,00		49.621.453,09	
	197.665.386,40		207.156.545,03	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00		0,00	
	557.807.071,82	593.314.297,74	498.254.536,38	531.361.762,30
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	8.215.324,49		7.619.476,97	
2. Versicherungsvermittler Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 510.812,92 € (Vj.: 1.014.299,94 €)	6.720.019,30		8.174.469,03	
	14.935.343,79		15.793.946,00	
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft Davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj.: 0,00 €)	0,00		382.695,87	
III. Sonstige Forderungen Davon an verbundene Unternehmen: 6.477.009,22 € (Vj.: 4.364.122,60 €)	13.307.193,44	28.242.537,23	15.543.003,23	31.719.645,10
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	2.391.053,00		2.742.878,83	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	10.168.458,67	12.559.511,67	35.058.546,74	37.801.425,57
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2.168.963,56		2.926.939,67	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	481.359,23	2.650.322,79	566.014,36	3.492.954,03
F. Aktive latente Steuern		29.546.281,00		24.776.281,00
Summe der Aktiva		668.839.140,63		631.509.978,86

PASSIVSEITE	2017		2016	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	6.442.277,70		6.442.277,70	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	2.300.813,47		2.300.813,47	
	4.141.464,23		4.141.464,23	
II. Kapitalrücklage	27.585.597,33		27.585.597,33	
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	644.228,00		644.228,00	
2. andere Gewinnrücklagen	40.166.213,55		40.166.213,55	
	40.810.441,55		40.810.441,55	
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-4.145.816,37	68.391.686,74	-6.936.856,47	65.600.646,64
B. Nachrangige Verbindlichkeiten		46.000.000,00		46.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	73.893.376,00		71.525.453,00	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00		0,00	
	73.893.376,00		71.525.453,00	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	441.851.040,00		420.640.446,00	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	23.687,00		31.303,00	
	441.827.353,00		420.609.143,00	
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	283.953,00		254.793,00	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00		0,00	
	283.953,00	516.004.682,00	254.793,00	492.389.389,00
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.980.108,00		9.353.064,00	
II. Steuerrückstellungen	0,00		0,00	
III. Sonstige Rückstellungen	10.509.530,00	20.489.638,00	5.151.187,00	14.504.251,00
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	2.746.998,67		2.569.064,77	
2. Versicherungsvermittlern	6.673.722,83		2.994.410,35	
	9.420.721,50		5.563.475,12	
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	908.038,73		604.044,59	
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 5.976.245,13 € (Vj.: 5.457.432,73 €) gegenüber verbundenen Unternehmen: 13.002,74 € (Vj.: 151.564,89 €)	7.624.373,66	17.953.133,89	6.848.172,51	13.015.692,22
Summe der Passiva		668.839.140,63		631.509.978,86

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2017

POSTEN	2017		2016	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge f. e. R.				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	332.428.579,92		307.375.122,65	
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	3.168.688,71		2.901.051,45	
	329.259.891,21		304.474.071,20	
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-2.367.923,00		-6.305.015,00	
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00		0,00	
	-2.367.923,00	326.891.968,21	-6.305.015,00	298.169.056,20
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.		413.209,10		256.920,47
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	185.166.785,22		182.860.347,25	
bb) Anteil der Rückversicherer	760.649,98		1.181.865,65	
	184.406.135,24		181.678.481,60	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	21.210.594,00		41.668.387,00	
bb) Anteil der Rückversicherer	-7.616,00		5.598,00	
	21.218.210,00	205.624.345,24	41.662.789,00	223.341.270,60
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen		-29.160,00		4.823,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	123.208.980,27		111.758.098,03	
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	-113.395,33	123.322.375,60	113.395,33	111.644.702,70
6. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.		-1.670.703,53		-36.555.173,63

POSTEN	2017		2016	
	€	€	€	€
Übertrag		-1.670.703,53		-36.555.173,63
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00		0,00	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen Davon aus verbundenen Unternehmen: 2.816,37 € (Vj.: 2.184,92 €)				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00		0,00	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	5.118.079,33		10.611.050,49	
	5.118.079,33		10.611.050,49	
c) Erträge aus Zuschreibungen	3.382.094,66		0,00	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	153.230,49		45.000,00	
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	3.139.632,88	11.793.037,36	1.607.319,72	12.263.370,21
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	791.408,98		784.013,44	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00		76.627,27	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	38.750,00	830.158,98	0,00	860.640,71
		10.962.878,38		11.402.729,50
3. Sonstige Erträge	7.841.011,63		7.474.601,44	
4. Sonstige Aufwendungen	14.331.027,38	-6.490.015,75	13.932.992,19	-6.458.390,75
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.802.159,10		-31.610.834,88
6. Außerordentlicher Ertrag	0,00			
7. Außerordentlicher Aufwand	4.770.000,00			
8. Außerordentliches Ergebnis		-4.770.000,00		
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.770.000,00		-24.685.280,41	
10. Sonstige Steuern	11.119,00	-4.758.881,00	11.302,00	-24.673.978,41
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		2.791.040,10		-6.936.856,47
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		6.936.856,47		0,00
13. Bilanzverlust		-4.145.816,37		-6.936.856,47

Bilanzierungsregeln

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB und des AktG in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden grundsätzlich beibehalten.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (gemildertes Niederstwertprinzip). Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB ist bei Finanzanlagen eine außerplanmäßige Abschreibung auch bei einer voraussichtlich nicht dauernden Wertminderung möglich.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden bei den ÖRAG-Gesellschaften mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten wurde gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgte gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip). Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet. Im Geschäftsjahr wurde vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Investmentanteile mit den Rücknahmepreisen zu bewerten.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB grundsätzlich nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt. Sind diese Kapitalanlagen dazu bestimmt, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen, erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip). Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Die Namenschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert (gemildertes Niederstwertprinzip), bilanziert.

Bei den Namenschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

Für Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft kommt der Ansatz zu Nominalbeträgen zur Anwendung. Bei den Forderungen an Versicherungsnehmer ist dem allgemeinen Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen; für das technische Risiko erfolgte eine Stornorückstellung.

Sonstige Forderungen

Fällige Zins-, Miet- und sonstige Forderungen sind mit den Nominalwerten bilanziert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten aktiviert, Vorräte gemäß § 240 Abs. 3 HGB mit einem Festwert angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert von bis zu 150,00 € werden direkt als Aufwand verbucht (analog § 6 Abs. 2 EStG). Für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150,00 € und 1.000,00 € erfolgt eine Sammelbewertung unter Berücksichtigung der pauschalen Nutzungsdauer von fünf Jahren (analog § 6 Abs. 2a EStG). Dieser Sammelposten bleibt auch bei Entnahme, Veräußerung oder Untergang eines darin enthaltenen Vermögensgegenstands unverändert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie andere Vermögensgegenstände sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Die Rückdeckungsversicherung aus der Pensionszusage gegen Gehaltsverzicht ist gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit der entsprechenden Rückstellung verrechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Zins- und Mieterträge, die auf das laufende Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, werden zeitanteilig mit ihren Nominalbeträgen bewertet.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Aktive latente Steuern

Soweit zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, werden darauf Steuern mit dem unternehmensindividuellen Satz (31,33 %) ermittelt. Berücksichtigt sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist oder erst zum Zeitpunkt der Liquidation eintreten würde. Ergibt sich aus der Ermittlung insgesamt eine künftige Steuerentlastung, so wird diese als aktive latente Steuer zugunsten des Steueraufwands angesetzt. Das Wahlrecht zum Ansatz eines Überhangs aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird in Anspruch genommen.

PASSIVA

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft sind vom vereinbarten Beitrag nach dem 1/360-System berechnet. Der Abzug der äußeren Kosten erfolgte gemäß Mitteilung des Bundesministeriums für Finanzen vom 30. April 1974.

Da die Beitragsfälligkeit jeweils der 1. Januar eines jeden Jahres ist, entfallen Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entfallen ebenfalls Beitragsüberträge, da die Abrechnung auf Basis der verdienten Beiträge vorgenommen wird.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde diese Rückstellung individualisiert ermittelt. Die Bewertung der Versicherungsfälle erfolgte mithilfe eines Gruppenbewertungsverfahrens unter Berücksichtigung von Leistungsartenklassen und Instanzen. Für erwartete Spätschäden und wiedereröffnete Schäden sind gemäß den in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen angemessene Beträge zurückgestellt worden.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde nach dem koordinierten Ländererlass vom 2. Februar 1973 bemessen.

Forderungen aus Regressen und Teilungsabkommen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Realisierbarkeit von der Rückstellung abgesetzt worden. Die Anteile der Rückversicherer wurden entsprechend den Berechnungsmethoden des selbst abgeschlossenen Geschäfts ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts entspricht der Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für Beitragsstorni entspricht der Höhe des voraussichtlichen Bedarfs.

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

Pensionsrückstellungen

Grundlage für die Berechnung der Pensionsrückstellungen ist die Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) unter Anwendung der Richttafeln (Sterbetafeln von 2005 G) von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Berücksichtigt sind neben den gegenwärtigen auch künftige Entwicklungen, Trends sowie Fluktuationen. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB.

Für die Ermittlung der Verpflichtungen wurden nachstehende versicherungsmathematische Parameter verwendet:

Pensionsalter	Vertragliche Altersgrenze
Gehaltsdynamik	2,2 %
Rentendynamik	1,8 %
Fluktuation	1,5 %
Zinssatz	3,67 %

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB:

Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes: 9.980.108 €

Zum Vergleich:

Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes (2,80 %): 11.265.490 €

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB: 1.285.382 €

Rückstellung für Altersteilzeit

Diese Rückstellung wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Die Höhe des Erfüllungsrückstands ergab sich aus den bis zum 31. Dezember 2017 ausstehenden Gehaltszahlungen, die in der Freistellungsphase fällig werden. Die Rückstellung für den zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung und den Aufstockungsbetrag wurde unter Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen ermittelt. Rechnungsgrundlagen waren die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bei einer Gehaltsdynamik von 1,8 %. Die Rückstellung ist nach den individuellen Laufzeiten mit den entsprechenden durch die Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen nach der RückAbzinsVO abgezinst. Unter Berücksichtigung der mittleren Fälligkeit der bestehenden Altersteilzeitverpflichtungen ergab sich ein Rechnungszins von 1,33 %. Die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben erworbenen Investmentanteile, die zum Börsenkurs bewertet wurden, sind mit der Altersteilzeitrückstellung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Rückstellung für Jubiläen

Die Bewertung dieser Rückstellung erfolgte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB analog zu den Pensionsrückstellungen.

Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen bemessen sich nach dem voraussichtlichen Bedarf in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechen dem durchschnittlichen Marktzins abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie sonstige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Währungsumrechnungen

Für die Währungsumrechnung ist die amtliche Devisenkurstabelle zum Stichtag zugrunde gelegt worden.

Erläuterung der Bilanz (Aktiva)

Entwicklung der Aktivposten A, B I.–III. im Geschäftsjahr 2017

AKTIVPOSTEN	Bilanzwerte Vorjahr T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.808	202	897
II. Geleistete Anzahlungen	550	706	-897
Summe A	2.358	908	0
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0	0	0
Summe B I.	0	0	0
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	33.056	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	7.600	0
3. Beteiligungen	51	0	0
Summe B II.	33.107	7.600	0
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	206.970	74.250	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84.128	4.991	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	157.535	10.829	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	49.621	52.000	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0
Summe B III.	498.254	142.070	0
Insgesamt	533.719	150.578	0
davon: zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen			
davon: Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB			

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr
T€	T€	T€	T€	T€
0	0	740	2.168	
0	0	0	358	
0	0	740	2.526	
0	0	0	0	
0	0	0	0	
0	0	0	33.056	45.967
5.200	0	0	2.400	2.400
0	0	0	51	51
5.200	0	0	35.507	48.418
89	3.382	0	284.512	289.082
13.490	0	0	75.629	76.054
49.299	0	0	119.065	123.588
23.021	0	0	78.600	79.006
0	0	0	0	0
85.899	3.382	0	557.806	567.730
91.099	3.382	740	595.839	
			471.849	490.160
			360.142	365.136

B. KAPITALANLAGEN

I. Zeitwert der Kapitalanlagen

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 22.833 T€ (Vj.: 18.536 T€) und lagen bei 3,9 % (Vj.: 3,5 %) des Buchwerts der Kapitalanlagen. In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 768 T€ enthalten. Diese entfallen auf Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlagenart, nach folgenden branchenüblich anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert von an der Börse notierten Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswert, dem Nettovermögenswert oder zu Anschaffungskosten angesetzt.

Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert für Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wurde auf Basis einer an der Bonität des Emittenten orientierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Dauerhafte Wertminderungen lagen aufgrund der Bonitätsdaten der Emittenten nicht vor. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN IM SINNE DES § 285 NR. 18 HGB, DIE ÜBER IHREN BEIZULEGENDEN ZEITWERTEN BILANZIERT WURDEN

Kapitalanlageposition	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Unterlassene Abschreibungen
	T€	T€	T€
1. Inhaberschuldverschreibungen	18.689	18.112	576
2. Schuldscheinforderungen und Darlehen	37.600	37.408	192
Summe	56.289	55.520	768

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 S. 5 u. 6 HGB wurden unterlassen, da beabsichtigt ist, diverse Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH, Düsseldorf	100	25	716*
Deutsche Assistance Versicherung AG, Düsseldorf	100	9.127	2.424*
ÖRAG Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	100	29	4
ÖRAG Primus GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100	10.209	203
ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100	13.666	386
Summe		33.056	3.733

* Vor Ergebnisabführung

Weiterer mittelbarer Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

	Anteil am Kapital	Eigenkapital*	Ergebnis*
Name und Sitz der Gesellschaft	%	T€	T€
AD Beteiligungs GmbH, München	33,3	189	-17
assistance partner GmbH & Co. KG, München	12,5	1.208	203
MehrWert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf	50,0	1.474	-402
Reha Assist Deutschland GmbH, Arnberg	45,0	101	-176

* Werte aus 2016

III. Sonstige Kapitalanlagen

Investmentanteile

Angaben zu den Investmentvermögen nach § 285 Nr. 26 HGB:

Art des Fonds/ Anlagenziel	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Differenz	Ausschüttung 2016
	T€	T€	T€	T€
Gemischter Fonds: ÖRAG-Fonds	284.295	288.865	4.570	1.250

Der hier aufgeführte Fonds wird gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die aufgeführte Ausschüttung wurde ertragswirksam vereinnahmt.

E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet im Voraus gezahlte Verwaltungskosten.

F. AKTIVE LATENTE STEUERN

Die für das abgelaufene Geschäftsjahr ermittelten, temporären Unterschiedsbeträge zwischen Handels- und Steuerbilanz ergaben, berechnet mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz von 31,33 %, aktive latente Steuern in Höhe von 31.748 T€ (Vj.: 29.318 T€) und passive latente Steuern in Höhe von 2.202 T€ (Vj.: 4.542 T€). Es wurden im Geschäftsjahr aufgrund gestiegenen Unterschiedsbeträgen Anpassungen vorgenommen, sodass sich der Betrag des Vorjahres auf 29.546 T€ (Vj.: 24.776 T€) erhöht hat.

Die aktiven latenten Steuern ergeben sich hauptsächlich aus den temporären Unterschiedsbeträgen bei den Schadenrückstellungen, den steuerlichen Verlustvorträgen sowie den Investmentanteilen.

Erläuterung der Bilanz (Passiva)

A. EIGENKAPITAL

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 6.442.277,70 € und ist eingeteilt in 18.000 Namensstückaktien zu je 357,90 €.

Unter Berücksichtigung der nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen in Höhe von 2.300.813,47 € beträgt das eingezahlte Grundkapital 4.141.464,23 €.

III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten folgende Positionen:

	€	€
1. Gesetzliche Rücklage		
Stand: 01.01.2017	644.228,00	
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2017	0,00	644.228,00
2. Andere Gewinnrücklagen		
Stand: 01.01.2017	40.166.213,55	
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2016	0,00	
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2017	0,00	40.166.213,55
Stand: 31.12.2017		40.810.441,55

IV. BILANZVERLUST

Im Bilanzverlust ist ein Verlustvortrag in Höhe von 6.936.856,47 € (Vj.: 0,00 €) enthalten.

B. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 46 Mio. € haben eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

C. VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTORÜCKSTELLUNGEN

	2017	2016
	€	€
Insgesamt	516.028.369,00	492.420.692,00
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	441.851.040,00	420.640.446,00

Da die gebuchten Bruttobeiträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft weniger als 10 % der gebuchten Bruttobeiträge für das gesamte Versicherungsgeschäft ausmachen, entfällt die Trennung der Angaben zwischen dem selbst abgeschlossenen und dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft. Im Jahr 2017 ergab sich ein positives Abwicklungsergebnis in Höhe von 26.603 T€ (Vj.: 5.610 T€).

D. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

III. Sonstige Rückstellungen

	2017	2016
	€	€
Urlaubsverpflichtungen	197.903,00	151.540,00
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	130.088,00	129.014,00
Jahresabschlusskosten	314.759,00	270.539,00
Jubiläumsaufwendungen	485.601,00	492.509,00
Altersteilzeitverpflichtungen	1.432.195,00	1.484.229,00
Pensionszusage durch Gehaltsverzicht	0,00	0,00
Beiträge Berufsgenossenschaft	78.917,00	78.312,00
Variable Vergütung	913.936,00	969.087,00
Provisionen	4.770.000,00	0,00
Übrige	2.186.131,00	1.575.957,00
Summe	10.509.530,00	5.151.187,00

Die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben erworbenen Investmentanteile in Höhe von 881.801,00 € wurden zum Marktwert gemäß § 255 Abs. 4 HGB angesetzt und mit den Rückstellungen für Altersteilzeit in Höhe von 2.313.996,00 € verrechnet.

Die Pensionszusage durch Gehaltsverzicht in Höhe von 131.880,00 € wurde ebenfalls gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit der Rückdeckungsversicherung, deren Zeitwerte den Anschaffungskosten entsprechen, in Höhe von 131.880,00 € verrechnet.

Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

	2017	2016
	€	€
a) Gebuchte Bruttobeiträge	332.428.579,92	307.375.122,65
b) Verdiente Bruttobeiträge	330.060.656,92	301.070.107,65
c) Verdiente Nettobeiträge	326.891.968,21	298.169.056,20
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	206.377.379,22	224.528.734,25
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	123.208.980,27	111.758.098,03
f) Rückversicherungssaldo	2.529.050,06	1.600.192,47
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-1.670.703,53	-36.555.173,63

	2017	2016
	Stück	Stück
Anzahl der mindestens einjährigen Verträge	1.866.431	1.798.370

	2017	2016
	€	€
Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:		
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	26.145.425,81	21.292.073,20
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	97.063.554,46	90.466.024,83
Summe	123.208.980,27	111.758.098,03

II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

Gemäß § 285 Nr. 25 in Verbindung mit Nr. 28 HGB wurden für die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben gehaltenen Wertpapiere folgende Werte zum 31. Dezember 2017 ermittelt:

Position	Anschaffungskosten	Zeitwerte	Erfüllungsbetrag Altersteilzeit	Verrechneter Aufwand (-) / Ertrag
	€	€	€	€
1. Deka GeldmarktGarant TF	881.801,00	881.801,00		-776,47
Summe Fonds	881.801,00	881.801,00		-776,47
2. Altersteilzeitrückstellung			2.313.996,00	-31.131,00
3. Sonstige Aufwendungen				-31.907,47

Die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von zu saldierendem Vermögen im Zusammenhang mit Altersteilzeitvereinbarungen ergab keinen zur Ausschüttung gesperrten Betrag.

Gemäß § 277 Abs. 5 HGB sind in der Position „Sonstige Erträge“ Währungskursgewinne in Höhe von 2.637,48 € enthalten. In der Position „Sonstige Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellung in Höhe von 411.841,47 € und Währungskursverluste in Höhe von 3.435,74 € enthalten.

III. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Aufgrund der Anwendung eines neuen BMF-Schreibens und einer daraus resultierenden Veränderung der steuerlichen Schadenrückstellung hat sich eine Veränderung der aktiven latenten Steuern ergeben. Der höhere Jahresüberschuss wurde genutzt, um eine Rückstellung für im Geschäftsjahr 2016 gestundete Provisionen zu bilden.

Da die Kostenverteilung zum Zeitpunkt der endgültigen Umsetzung des BMF-Schreibens bereits abgeschlossen war, erfolgt der Ausweis des Aufwandes für die Rückstellung Provision in Höhe von 4.770.000,00 € im außerordentlichen Aufwand.

Allgemeine Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	2017	2016
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	105.287.751,25	94.223.197,57
2. Löhne und Gehälter	22.373.532,49	22.777.615,90
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.617.475,40	3.588.771,08
4. Aufwendungen für Altersversorgung	1.257.641,31	1.779.961,29
Summe	132.536.400,45	122.369.545,84

Der Abschlussprüfer KPMG hat im Geschäftsjahr 2017 Honorar für folgende Leistungen erhalten:

	2017
	€
a) Abschlussprüfungsleistungen	324.949,58
b) Andere Bestätigungsleistungen	0,00
c) Steuerberatungsleistungen	0,00
d) Sonstige Leistungen	679.679,08
Summe	1.004.628,66

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahres- und den Konzernabschluss der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft sowie die Jahresabschlüsse verschiedener Tochterunternehmen geprüft. Daneben erfolgte die Prüfung der Solvabilitätsübersichten auf Einzelebene der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft sowie der Deutsche Assistance Versicherung Aktiengesellschaft. Ferner wurden sonstige Beratungsleistungen bezüglich der Aufnahme von IST-Prozessen im Zahlungsverkehr sowie der Unterstützung bei der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen hinsichtlich der Solvency II-Berichterstattung erbracht.

Es waren im Jahresdurchschnitt 322 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt; davon 254 Vollzeitkräfte und 68 Teilzeitkräfte.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ohne Reisekosten und Sitzungsgelder betragen 72.690,00 €, die des Beirats 57.980,45 €.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands bzw. ihrer Hinterbliebenen betragen 437.879,78 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für diesen Personenkreis haben wir Pensionsrückstellungen in Höhe von 5.674.345,00 € bilanziert.

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite vergeben.

Die Gesellschaft hat der Deutschen Assistance Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 10 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2017 waren hiervon 7,6 Mio. € nicht in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2017 waren hiervon 1 Mio. € nicht in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der Deutschen Assistance Telematik GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 0,2 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2017 waren hiervon 0,2 Mio. € nicht in Anspruch genommen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 8 und 9 aufgeführt.

Vorkommnisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet. Aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Risiken von existenzgefährdender Bedeutung haben sich nicht ergeben.

Düsseldorf, den 27. April 2018

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Jörg Tomalak-Plönzke

Marcus Hansen

Andreas Heinsen

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzverlust in Höhe von 4.145.816,37 € wie folgt zu verwenden:

	€
Zahlung einer Dividende	0,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0,00
Verlustvortrag auf neue Rechnung	4.145.816,37
Summe	4.145.816,37

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die am Ende des Lageberichtes enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Rechtsschutz-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle

Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt Bilanzierungsregeln auf Seite 50. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt Risikobericht auf Seite 36 enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft betragen EUR 441 Mio. Dies sind 66,1 % der Bilanzsumme.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle betrifft einen wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 S. 1 HGB) zu erfolgen.

Die Ermittlung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für bekannte Schäden mithilfe eines Gruppenbewertungsverfahrens gemäß § 240 Abs. 4 HGB. Pro gemeldeten Schaden wird die pauschalisierte Einzelreserve maschinell je Leistungsart ermittelt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungswerten ermittelt wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekannte Spätschäden) besteht daneben das Risiko, das diese nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir zusätzlich eigene Aktuarare eingesetzt. Insbesondere haben wir im Wesentlichen folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet.
- Auf Basis einer bewussten Auswahl haben wir die Berechnungslogik des Gruppenbewertungsverfahrens einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnung der Gesellschaft zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen durchgeführt. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung sowie eine angemessene Bandbreite mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und mit den Berechnungen der Gesellschaft verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittliche Schadenhöhen und Abwicklungsgeschwindigkeiten sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden sowie die zugrunde liegenden Annahmen zu Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle sind insgesamt angemessen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 9. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 9. Mai 2017 vom Aufsichtsratsvorsitzenden beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1994 als Abschlussprüfer der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Christoph Hellwig.

Köln, den 2. Mai 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hellwig Feemers
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer





Fünf-Jahres-Übersicht

Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2013–2017

	2013	
	T€	%
1. Beiträge		
Gebuchte Bruttobeiträge	251.128	
Veränderung der gebuchten Bruttobeiträge im Vergleich zum Vorjahr	10.351	4,30
Verdiente Bruttobeiträge	248.798	
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
Bruttoschadenaufwand Gj.-Schäden	188.077	
Bruttoschadenquote Gj.-Schäden (in % der verdienten Beiträge)		75,59
Bruttoschadenaufwand gesamt	159.565	
Bilanzielle Bruttoschadenquote (in % der verdienten Beiträge)		64,13
Bruttoschadenzahlungen gesamt	140.826	
Bruttozahlungsquote einschließlich Schadenregulierungskosten (in % der verdienten Beiträge)		56,60
3. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Bruttoaufwand	92.895	
Bruttokostenquote (in % der gebuchten Beiträge)		36,99
4. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-2.277	
5. Kapitalanlagen		
Kapitalanlagenbestand	469.773	
Kapitalanlagenergebnis	10.649	
Nettorendite		2,32
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis (einschließlich Steuern)	3.457	
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	7.120	
8. Jahresüberschuss	1.180	

2014		2015		2016		2017	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
262.840		281.569		307.375		332.429	
11.712	4,66	18.729	7,13	25.806	9,16	25.054	8,15
259.502		278.764		301.070		330.061	
197.997		209.130		230.139		232.980	
	76,30		75,02		76,44		70,59
171.340		190.612		224.529		206.377	
	66,03		68,38		74,58		62,53
161.230		171.968		182.860		185.167	
	62,13		61,69		60,74		56,10
94.029		106.793		111.758		123.209	
	35,77		37,93		36,36		37,06
-1.826		-17.998		-36.555		-1.671	
526.140		550.547		531.362		593.314	
12.375		21.509		11.403		10.963	
	2,49		4,00		2,11		1,95
3.918		18.164		29.618		4.462	
9.162		55		-31.611		2.802	
2.092		166		-6.937		2.791	

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Hansaallee 199

40549 Düsseldorf

Telefon 0211 529-50

Telefax 0211 529-5199

E-Mail info@oerag.de

Internet www.oerag.de